

## II. Die NPD: eine politische Heimat für Frauen im Nachkriegsdeutschland

In seinem Buch „Die Entdeckung der Zukunft“ zeichnet der Historiker Lucian Hölscher die Entwicklung vergangener Zukunftsvorstellungen nach; er zeigt, wie AkteurInnen die Zukunft zu unterschiedlichen Zeiten, in verschiedenen sozialen und politischen Kontexten imaginiert haben, welche Hoffnungen sie jeweils mit dieser Zukunft verbanden und welche Enttäuschungen etwa nicht eingelöste Versprechen bei ihnen hervorrufen konnten.<sup>1</sup> Gerade Zäsuren misst Hölscher in diesem Prozess eine besondere Bedeutung bei, weil sie als Schwellenmomente Zeitpunkte markieren, an denen Geschichte neu gemacht wird, an denen die Zukunft sich gewissermaßen neu erfindet. Zäsuren enttäuschen Erwartungen, schaffen aber auch neue Zukunftsvorstellungen; sie zwingen die zeitgenössischen AkteurInnen, sich im Hinblick auf Vergangenheit und Zukunft neu zu positionieren.

Die Umwälzung von 1945 gehört natürlich zu diesen fundamentalen Zäsuren. Abrupt setzte die neue, auf den Trümmern des „Dritten Reichs“ aufgebaute Ordnung die politischen, juristischen, ästhetischen und moralischen Parameter außer Kraft, die zuvor das Leben der Deutschen bestimmt hatten, um sie durch ein liberal-demokratisches Wertesystem zu ersetzen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit mochte bei den meisten NationalsozialistInnen deswegen ein Gefühl tiefer Erschütterung und Orientierungslosigkeit vorherrschen, einige erkannten die Gründung der Bundesrepublik 1949 jedoch auch als Chance: Die Wiederbelebung des „nationalen Lagers“ bzw. seine Anpassung an die bundesrepublikanischen Verhältnisse sollten gerade diesen AkteurInnen ermöglichen, enttäuschte Zukunftserwartungen *a posteriori* doch noch umzusetzen, d. h. den Nationalsozialismus in veränderter Form in die neue Zeit hinüberzutragen. Die junge Republik bot vor allem nationalistischen Frauen neuartige politische Partizipationsmöglichkeiten, zumal das Grundgesetz ihnen wie allen Frauen *de jure* die grundsätzliche Gleichberechtigung einräumte. Hiermit galt von nun an ein Prinzip, das sie im parteipolitischen Rechtsextremismus auch gegen männliche Vorbehalte benutzen konnten – ein Prinzip, das sie gleichzeitig jedoch auch in den Dienst eines antiliberalen, antimodernistischen und potentiell antidemokratischen Projekts stellten. Denn für sie blieben die Erfahrungen von vor 1945 weiterhin der alles beherrschende Referenzrahmen, der ihrem politischen Handeln Sinn und Richtung verlieh. Zugespielt – und etwas verwegener – formuliert, gehört der Nationalsozialismus demnach zur Vorgeschichte der NPD.<sup>2</sup> Darauf aufbauend, beleuchtet dieses Kapitel die Widersprüche des rechtsextremen Engagements von Frauen im Nachkriegsdeutschland: Neben den Partizipationsbedingungen fragt es nach der Vergangen-

<sup>1</sup> Hölscher, Zukunft.

<sup>2</sup> Dass die NPD als genuiner Teil der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihren Widersprüchen und Gegensätzen ebenfalls zur Nachgeschichte des Nationalsozialismus gehört, ist offenkundig. Zur Nachgeschichte des „Dritten Reichs“ vgl. Frei, Niemand will Nazi gewesen sein.

heit, dem Profil sowie den mentalen Strukturen, Handlungsbedürfnissen und politischen Sehnsüchten der weiblichen NPD-Gründungsgeneration.

## 1. Die Vorgeschichte: Frauen in der „nationalen Opposition“ nach 1945

### 1.1. Rückzug oder „Widerstand“: die Optionen der Nationalsozialistinnen in der Nachkriegszeit

Viele Deutsche, insbesondere die NationalsozialistInnen, erlebten den Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ als schweres Trauma, bereitete er doch persönlichen Idealen sowie politischen Hoffnungen oder beruflichen Karrierechancen ein jähes Ende. Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten und der daraufhin einsetzenden und – oft halbherzig durchgeführten – Entnazifizierung zogen sich die meisten seiner AnhängerInnen, namentlich die Frauen, in der unmittelbaren Nachkriegszeit aus dem öffentlichen Geschehen zurück. Das Verhältnis, das die ehemaligen NationalsozialistInnen nun zum ‚neuen‘ Deutschland bzw. zum 1949 gegründeten westdeutschen Staat entwickelten, hing maßgeblich von deren Belastung und Mitwirkung im Verfolgungs- und Tötungsapparat des NS-Regimes ab.<sup>3</sup> Die stärker belasteten Frauen, die SS-Helferinnen etwa, wurden von den Spruchkammern zwar weitgehend amnestiert, doch flüchteten sie sich, vielleicht aus Scham oder aus Trotz, in die vermeintlich unpolitische Privatsphäre.<sup>4</sup> Die minderbelasteten Frauen, die sich vom Nationalsozialismus zumindest formell losgesagt hatten, wurden schnell in den neuen Staat integriert und fanden in der Ära Adenauer ihren Weg zurück in die bürgerliche Normalität.

Diejenigen wiederum, die sich mit dem Untergang des Naziregimes überhaupt nicht abfinden konnten und nicht gewillt waren, die Errichtung einer neuen territorialen, politischen und demokratischen Ordnung widerstandslos hinzunehmen, versuchten die Überreste des Nationalsozialismus, so gut es ging, zu bewahren. Diese „postfaschistischen“ AkteurInnen (Lutz Niethammer) waren nicht nur darum bemüht, der Entnazifizierung zu entgehen, sondern auch politische Hürden, etwa die alliierte Lizenzpolitik, zu umgehen und aus dem Untergrund heraus den Wiederaufbau rechtsextremer Netzwerke zu bewerkstelligen. Davon ausgehend, dass die 1949 als „Provisorium“ gegründete Bundesrepublik wie „Weimar“ nur kurz Bestand haben würde, ebneten sie den Weg für eine nationalistische Machtübernahme. Vorbereitet wurde diese durch die Pflege und Weitergabe nazistischen Gedankenguts und den Aufbau von einschlägigen Organisationen, Gruppierungen und Parteien, die der Mobilisierung einer „nationalen Opposition“ dienen sollten.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Heinsohn/Vogel/Weckel (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung; Gehmacher/Hauch (Hrsg.), Frauen- und Geschlechtergeschichte.

<sup>4</sup> Vgl. Mühlenberg, SS-Helferinnenkorps.

<sup>5</sup> Botsch, Die extreme Rechte, S. 3, 17–41.

Wie viele Frauen nach 1945 im nationalen Lager aktiv waren, ist fraglich; es gibt keine systematische Untersuchung über ihre Beteiligung im Rechtsextremismus der Nachkriegszeit. Die empirischen Daten sind fragmentarisch, auch die Spuren sind spärlich und doch kann man mit Gewissheit sagen, dass Frauen einen wesentlichen Beitrag zur Erneuerung rechtsextremer Strukturen und Netzwerke nach 1945 leisteten. Dazu zählt etwa Gudrun Burwitz, die Tochter Heinrich Himmlers. Nach dem Krieg scheute sie keine Mühe, um ihren Vater, den Reichsführer-SS, und mit ihm das ganze nationalsozialistische Regime zu rehabilitieren. Sie selbst war Mitglied in der weiblichen NS-Organisation Bund Deutscher Mädel gewesen und nach dem Krieg mit ihrer Mutter Margarete Himmler in mehreren Internierungs- und Gefangenengelagern inhaftiert worden. Nach ihrer Entlassung widmete sie sich der rechtsextremen Netzwerkpflege, indem sie unter anderem Treffen für ehemalige Waffen-SS-Angehörige organisierte und sich aktiv in der Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte einbrachte.<sup>6</sup> Dieser Verein, den Helene Elisabeth Prinzessin von Isenburg 1951 gegründet hatte, bot den verurteilten bzw. zum Tode verurteilten und im Landsberger Gefängnis verweilenden Nationalsozialisten und ihren Familien dank großzügiger Spenden aus großbürgerlichen und adeligen Kreisen einen materiellen, rechtlichen und psychologischen Beistand. Im Zuge der Kriegsverbrecherprozesse betreute die Stille Hilfe berüchtigte NS-TäterInnen wie den Gestapo-Chef aus Lyon, Klaus Barbie, oder die als „blutige Brigitte“ bekannte KZ-Wärterin Hildegard Lächert.<sup>7</sup> Darüber hinaus verhalf sie mithilfe des Vatikans untergetauchten NS-Anhängern zur Flucht aus Deutschland. Nach 1959 wurde die mächtige und gut vernetzte Präsidentin in ihrem Amt durch die BDM-Führerin Gertrud Herr, später durch Adelheid Klug abgelöst.

Andere Nationalsozialistinnen zogen es vor, sich als Schriftstellerinnen oder Essayistinnen in den Dienst der „wahren“ deutschen Kultur zu stellen. Einige veröffentlichten Romane und Dramen wie Pia-Sophie Rogge-Börner;<sup>8</sup> andere widmeten sich der Lyrik wie die 1891 geborene Heimatdichterin Josefa Berens-Totenohl, die zunächst als Lehrerin, ab 1928 dann als Schriftstellerin tätig war und sich nach ihrem Eintritt in die NSDAP 1931 zu einer der bedeutendsten VertreterInnen der „Blut- und Boden“-Literatur entwickelte. Nach dem Krieg konnte sie nach einem schnell beigelegten Entnazifizierungsverfahren ungestört ihre Autorinnenkarriere wieder aufnehmen. Bis zu ihrem Tode 1969 publizierte sie mehrere Romane, Novellen und Märchen, die explizit an die rassistisch-völkische und antisemitische Vorkriegsästhetik anknüpften. Auch die 1877 in Tutzing geborene Mathilde Ludendorff, Erich Ludendorffs zweite Ehefrau, bildet ein eindringliches Beispiel für die Permanenz des kulturellen Aktivismus von Frauen nach 1945. Als Vertreterin der völkischen Bewegung war sie vor allem für ihren „völkischen Feminismus“, ihre antisemitischen Verschwörungstheorien und ihre rassistischen, neuheidni-

<sup>6</sup> Schröm/Röpke, Stille Hilfe, S. 11 ff.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 42 ff. Vgl. ebenfalls Mailänder Koslov, Gewalt im Dienstalltag.

<sup>8</sup> Vgl. Meyer, Mouvement völkisch.

schen und esoterischen Schriften über die „Schacht- und Lichtvölker“ bekannt, die sie in den 1930er-Jahren entwickelt hatte.<sup>9</sup> Im Rahmen der Entnazifizierung wurde sie 1950 von einer Spruchkammer erst der Kategorie „Hauptschuldige“ und dann, nach der Revision des Urteils ein Jahr später, jener der „Belasteten“ zugeordnet; trotz dieses Stigmas konnte sie den völkisch-religiösen Bund für Deutsche Gotterkenntnis 1951 neu begründen.<sup>10</sup> Der Bund wurde 1961 jedoch als verfassungsfeindlich eingestuft und vom bayerischen Innenministerium verboten.

Berens-Totenohl und Ludendorff stehen exemplarisch für die AkteurInnen, die sich unermüdlich für die Rehabilitierung von reaktionärem, völkischem und nationalistischem Gedankengut einsetzten und in Westdeutschland um die kulturelle Deutungshoheit rangen. In ihrem Bestreben wurden sie durch eine Vielzahl von Zeitschriften, Publizisten und Verlegern unterstützt, welche in den Nachkriegsjahrzehnten ihre Schriften verbreiteten. Prominent vertreten war zum Beispiel der Druffel-Verlag, dem die Baronin Sybille von Druffel ihren Namen lieh. 1952 von ihrer Tochter Ursula und ihrem Schwiegersohn Helmut Sündermann, dem NS-Propagandisten und stellvertretenden Reichspressechef, gegründet, vermarktetet er vor allem Memoiren und Schriften von nationalsozialistischen Persönlichkeiten wie Joachim von Ribbentrop oder Ilse Heß. Außerdem gehörte Sündermann zu einem Netzwerk von Intellektuellen, SchriftstellerInnen und LyrikerInnen, die teilweise der NS-Reichsschrifttumskammer angehört hatten und nun der vergangenheitsfixierten Zeitschrift „Nation Europa“ nahestanden.<sup>11</sup> 1951 ins Leben gerufen, entwickelte sich Letztere in kürzester Zeit zum führenden Pressemedium des westdeutschen Rechtsextremismus. Seine Ausstrahlungskraft dehnte sich auch über die deutschen Grenzen hinweg in das europäische Ausland aus.

Zudem fanden Frauen auch in dem 1950 von Herbert Böhme gegründeten Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) verschiedene kulturpolitische Betätigungsfelder. Wie Margarete Dierks bspw. konnten sie sich in diesem Rahmen an der Organisation von kulturellen Veranstaltungen, Lesungen und Preisverleihungen beteiligen. Dierks, die 1914 in Metz-Sablon geboren worden war, stand dem Ehepaar Ludendorff nahe, dessen völkischem Tannenberg-Bund sie seit 1932 angehörte. Sie begann ihre schriftstellerische Tätigkeit im „Dritten Reich“ und publizierte in den 1930er-Jahren zahlreiche Essays und Schriften. 1939 schloss sie eine mit antisemitischen Thesen durchsetzte Doktorarbeit über die „Preußischen Altkonservativen und die Judenfrage 1810/1847“ an der Universität Rostock ab. Im Jahr darauf trat sie in die NSDAP ein. Nach Kriegsende verbrachte sie zwei Jahre in einem alliierten Internierungslager, bevor sie 1948 denazifiziert wurde. In der Bundesrepublik konnte sie als Journalistin Fuß fassen und gehörte

<sup>9</sup> Von Knesebeck-Gohary, Nationalistische und völkische Frauenbewegung.

<sup>10</sup> Der Bund war 1937 unter dem Namen „Deutsche Gotterkenntnis“ durch Erich und Mathilde Ludendorff gegründet und 1945 von den Alliierten verboten worden. Vgl. Der Spiegel, Nr. 8, 1960, S. 22–32.

<sup>11</sup> Botsch, Die extreme Rechte, S. 35 ff.

bis zu ihrem Tode im Juli 2010 in Darmstadt zu den eifrigsten VerfechterInnen der „nationalen Sache“.<sup>12</sup> Neben mehreren tausend SchriftstellerInnen, JournalistInnen, NS-SympathisantInnen und Nationalkonservativen nahm auch Margarete Dierks regelmäßig an den Lippoldsberger Dichtertagen teil. Veranstaltet wurde das Ereignis von Hans Grimm, dem Autor des Erfolgsromans „Volk ohne Raum“, der den Nationalsozialisten jene berüchtigte Propagandalösung verschaffte. Seit 1934 – und mehr noch nach 1949 – galten die alljährlichen Dichtertage der kulturellen „Elite“ als unumgängliches gemeinschaftsbildendes und identitätsstiftendes Moment rechtsextremer Soziabilität.<sup>13</sup> Nach Grimms Tode im Jahre 1959 übernahm seine Tochter, Erbin seines Klosterhaus-Verlags und Mitbegründerin der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), Holle Grimm, die Organisation der Tagung. Bis zu ihrer endgültigen Aussetzung 1981 verlor diese jedoch rapide an Einfluss. Auch Holle Grimm, die später der NPD beitreten sollte, blieb bis zu ihrem Tode 2009 eine engagierte Kontinuitätsstifterin im „nationalen Lager“.

Die hier kuriosisch vorgestellten Frauen waren aus Gesinnungsgründen am rechten Rand aktiv. Ihr Aktivismus war gewiss Ausdruck von politischen und ideologischen Überzeugungen, er beruhte aber auch auf affektiven Interdependenzen, die unter anderem im privaten, familiären Rahmen angesiedelt waren: Viele Rechtsextremistinnen führten in der Bundesrepublik lediglich das fort, was ihre Väter und Ehemänner vor ihnen oder mit ihnen in der Weimarer Republik bzw. im Nationalsozialismus begonnen hatten. Nur dass sie als Frauen von der Gesellschaft – und den Behörden – kaum als NS-Täterinnen, -Trägerinnen oder als rechtsextreme Gefährderinnen wahrgenommen wurden und dadurch über größere Handlungsspielräume verfügten. Als NS-Apoletinnen und ideologische Wegbereiterinnen gestalteten sie die nationalistische Gesinnungsgemeinschaft aktiv mit und unterstützten die Restaurationsbemühungen ihrer Mitkämpfer. Durch ihre breite Vernetzung und ihren Einsatz in der Gemeinschaftspflege sowie in der Nachwuchsbetreuung – z. B. im Rahmen der 1952 gegründeten Wiking-Jugend, einer HJ-Nachfolgeorganisation – agierten sie als Stützpfeiler im lebensweltlichen Milieu und trugen so maßgeblich zur Stabilisierung der rechtsextremen Netzwerke und Strukturen bei. In den 1950er- und 1960er-Jahren begleiteten sie somit den Aufbruch jener Kräfte, die aus ihrer gesellschaftlichen Randstellung heraus den westdeutschen *Status quo* angrißen und die junge Republik herausforderten bzw. zu überwinden versuchten. Für die PostnazistInnen gingen der lebensweltlich-kulturelle „Widerstand“ und die politische Aktion Hand in Hand.

## 1.2. Nationalistinnen in der SRP und der DRP

Die große Mehrheit der deutschen Frauen hatte nach 1945 mit dem „Dritten Reich“ gebrochen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit, als „die Stunde der Frau-

<sup>12</sup> Vgl. Poewe, New Religions, S. 19.

<sup>13</sup> Koch, Hans Grimms Lippoldsberger Dichterkreis.

en“ schlug,<sup>14</sup> gestalteten sie in vielfältiger Weise den westdeutschen Demokratisierungsprozess mit, der auch durch die Verankerung der Geschlechtergleichheit im Grundgesetz (Art. 3 GG) 1949 seinen Ausdruck fand.<sup>15</sup> Die langen und oft als „restaurativ“ beschriebenen 1950er-Jahre<sup>16</sup> zeichneten sich jedoch durch eine Normalisierung der politischen und sozialen Verhältnisse aus, die sich besonders auf die Lebenslage und -gestaltung von Frauen auswirkte. Nach ihrem kriegsbedingten und massiven Drängen auf den Arbeitsmarkt in den 1940er-Jahren forderten die konservativen Kräfte nun ihre – den bürgerlichen Konventionen entsprechende – Rückkehr in den privaten Bereich: Frauen wurden in der Ära Adenauer wieder prioritär der Familie und dem Heim zugewiesen und hatten in der Arbeitswelt Diskriminierungen zu ertragen.<sup>17</sup> Darüber hinaus begünstigten die Heimkehr der Kriegsgefangenen, der politische Wiederaufbau, das „Wirtschaftswunder“ und der allmählich wiedererlangte Wohlstand die „Remaskulinisierung“ aller Gesellschaftsbereiche und somit den Rückzug der Frauen aus der Öffentlichkeit. So schreibt Ute Gerhard:

„Im Blick auf die Stellung der Frauen sind die Wirtschaftswunderjahre als restaurativ und represiv zu kennzeichnen. Auch vergleichende Studien belegen, dass die ‚Normalisierung‘ der Verhältnisse im Privaten wie auf dem Arbeitsmarkt [...] zur Restauration patriarchaler Verhaltensweisen führte und mit einer ‚Remaskulinisierung‘ in Politik, Wirtschaft und Kultur verbunden war.“<sup>18</sup>

Die meisten Frauen fanden sich in der jungen Republik zurecht. Sie fanden zurück zu ihrem traditionellen Platz, einem Platz außerhalb der Politik.

Dabei spielten gerade Frauen in Anbetracht der demographischen Asymmetrie<sup>19</sup> zu dieser Zeit für die Politik eine ausschlaggebende Rolle: Ihre Wahlentscheidung war für die politischen Machtverhältnisse bestimmend. Sie war es ebenfalls für den Machterhalt der Konservativen: Nur durch die starke Unterstützung von Wählerinnen konnte sich die CDU/CSU bis 1969 an der Spitze der aufeinanderfolgenden Regierungskoalitionen behaupten.<sup>20</sup> Eine gewisse „konservative Tradi-

<sup>14</sup> Wolfrum, Demokratie, S. 32.

<sup>15</sup> Dass die Gleichberechtigung ein langwieriger Prozess war bzw. ist, der trotz verfassungsrechtlicher Verankerung immer noch nicht abgeschlossen ist, zeigen die Beiträge in: Ariadne, Gleichberechtigung.

<sup>16</sup> Zur historiographischen Auseinandersetzung rund um restaurative Tendenzen vs. Modernisierungsprozesse in der Ära Adenauer vgl. Hochgeschwender (Hrsg.), Epoche im Widerspruch.

<sup>17</sup> Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 57 ff., und Frevert, Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung.

<sup>18</sup> Gerhard, Frauenbewegung, S. 107 f.

<sup>19</sup> Durch die Kriegsfolgen waren bei der Bundestagswahl 1953 18,2 Millionen Frauen und nur 14,9 Millionen Männer wahlberechtigt. Dieses Ungleichgewicht durchzog mit leichten Variationen auch die darauffolgenden Wahlen bis in die 1960er-Jahre; Heinz, Über das politische Bewußtsein von Frauen, S. 32.

<sup>20</sup> Bei der Bundestagswahl von 1953 z. B. gaben fast 47,2% aller Wählerinnen gegenüber 38,9% aller männlichen Wähler der CDU ihre Stimme. Dieser Geschlechterproporz blieb bis zum Ende der 1960er-Jahre stabil. Die männlichen Wähler hingegen bevorzugten in ihrer Wahlentscheidung aus sozialen, beruflichen und gewerkschaftlichen Erwägungen heraus eher die SPD, für die 1953 32,5% Männer und 27,6% Frauen stimmten; ebenda, S. 35. Zum komplexen Ver-

tion<sup>21</sup> und etwaige Faktoren wie eine stärkere Bindung von Frauen an christliche Werte, die Rolle der Kirche und des politischen Katholizismus, die Hausfrauenehe als Referenzrahmen, der Traditionsglaube, die Sehnsucht nach Stabilität und Kontinuität, der Paternalismus sowie die innen- und außenpolitische Effizienz Adenauers erklären teilweise die stärkere Hinwendung von Frauen zum konservativen Lager. Dass sehr wenige Frauen für kleine oder Splitterparteien,<sup>22</sup> darunter auch rechtsextreme Parteien, votierten,<sup>23</sup> hat maßgeblich zur politischen Konzentration auf ein Drei-Parteien-System (CDU/CSU, SPD, FDP) beigetragen, dem die Bundesrepublik jahrzehntelang ihre parlamentarische Wirksamkeit verdankte:

„Die im ersten Jahrzehnt der Bonner Demokratie vollzogene Konzentration auf ein Drei-Parteien-System wird als ein entscheidender Grund für die Stabilität der Bundesrepublik angesehen, weil so erstmals in der deutschen Geschichte die zentrifugalen Kräfte ideologischer, sozialer und politischer Zersplitterung aufgehoben werden konnten.“<sup>24</sup>

Diese Tatsache, deren geschlechtsspezifische Dimension meist verkannt wird, zeugt nicht zuletzt von den demokratischen Lernprozessen, welche insbesondere die westdeutschen Bürgerinnen in der Nachkriegszeit aufwiesen. Trotz der politischen Bedeutung von Frauen blieben jedoch die Politik eine Männerdomäne und die Parteien „Männerparteien“: Nur wenige Frauen vermochten es, aus ihrer sozialen Abgeschiedenheit auszubrechen und politisch aktiv zu werden. Wenn sie es doch taten, stießen sie auf scheinbar unüberwindbare strukturelle Hürden.<sup>25</sup> Ihr Ausschluss aus den Entscheidungs- und Machtstrukturen wurde als „normal“ hingenommen. Das galt sowohl für die Volksparteien als auch für die FDP, das galt aber auch – und noch mehr – für die politischen Vertreter des nationalen Lagers.

hältnis von Frauen zur CDU vgl. u. a. Bösch, „Von der Partei der Wählerinnen zur Quorumspartei: Die CDU und die Frauen“, in: Ders., Macht und Machtverlust, S. 240–265.

<sup>21</sup> Im Wahlverhalten der Frauen nach 1949 lässt sich in diesem Sinne ein „Weimarer Muster“ erkennen: Das konservative Lager hatte schon in der Weimarer Republik die meisten Wählerinnenstimmen erhalten. Zum Verhältnis von Frauen zum konservativen bzw. nationalkonservativen Lager vgl. Heinsohn, Konservative Parteien. Zum rechtsextremistischen Aktivismus von Frauen in der Weimarer Zeit vgl. Streubel, Radikale Nationalistinnen.

<sup>22</sup> 1950 existierten über 30 Splitterparteien, die je nach politischer Couleur nationalkonservative oder -liberale, monarchistische, völkische oder nationalrevolutionäre Kräfte versammelten und vorgaben, die Interessen der „Zukurzgekommenen“ (Vertriebene, Flüchtlinge, entlassene NS-Funktionäre und -Angestellte usw.) zu vertreten, welche die Bonner Republik vernachlässigt habe. Die meisten Parteien wurden in den 1950er-Jahren im Zuge des politischen Konzentrationsprozesses durch die zwei Volksparteien und die FDP aufgesogen. Vgl. dazu Botsch, Die extreme Rechte, S. 20.

<sup>23</sup> Der *Gender Gap* war bei den linksextremen Parteien (KPD) genauso ausgeprägt wie bei den rechtsextremen (SRP, DRP), sie wurden von den Wählerinnen meist gemieden. Nur der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrichteten (GB/BHE) vermochte es Anfang der 1950er-Jahre, die Gunst der Wählerinnen zu erobern. Die Stimmen (6%), die der GB/BHE in der Bundestagswahl 1953 ergatterte, bestanden zu 53,8% aus Frauenstimmen. Auf der Suche nach einer politischen Interessen- und Wertegemeinschaft wählten vor allem heimatvertriebene Frauen diese Partei; Bremme, Die politische Rolle, S. 97.

<sup>24</sup> Wolfrum, Demokratie, S. 60.

<sup>25</sup> Zur politischen Partizipation von Frauen in den Regierungsparteien siehe Fülles, Frauen; Hoecker, Politische Partizipation von Frauen; Bremme, Die politische Rolle; Holz, Zwischen Tradition und Emanzipation.

So zum Beispiel für die am 2. Oktober 1949 von Fritz Dorls und Otto Ernst Remer gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP), die sich durch die Inanspruchnahme des nationalsozialistischen Erbes, seiner Sprache und Symbolik sowie durch die vehemente Ablehnung der Bonner Republik profilieren konnte. Neben dem autoritären Führungsstil und dem straff geführten bzw. streng hierarchisch strukturierten Parteiapparat war die SRP ideologisch durch den Willen gekennzeichnet, das Reich und seine Ideale zu restaurieren. In ihrem implizit antisemitischen und explizit antikommunistischen „Aktionsprogramm“ verteidigte sie das Prinzip des „Reichssozialismus“ und mit ihm die Idee der Eingliederung des Einzelnen in die „Volksgemeinschaft“, das Prinzip einer staatlichen Lenkung der Wirtschaft sowie eines neutralen Europas unter deutscher Hegemonie.<sup>26</sup> Mit ihren 10 000 Mitgliedern, darunter vor allem ehemalige Soldaten, Vertriebene, Deklassierte und Arbeitslose, war die Partei stark männlich geprägt. Dies schien Eleonore von Wagenheim, die der NS-Frauenschaft (NSF) angehört hatte und nun mit der Frauenfrage in der SRP betraut war, zu bedauern, rief sie doch wiederholt zu einer stärkeren Mobilisierung von „Kameradinnen“ in den Parteirängen auf.<sup>27</sup>

Auch wenn die empirischen Daten nur wenig über die weiblichen Mitglieder bzw. Kader und das Ausmaß ihrer Einbindung in die Parteiarbeit preisgeben, so lässt sich dennoch eine klare innerparteiliche Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern ausmachen. Neben der Verwaltungsarbeit sollten Frauen laut einer Parteivorgabe von 1951 auch (zweitrangige) organisatorische Aufgaben wie die Vorbereitung von politischen Sitzungen, das Schmücken von Sälen oder die Gestaltung des kulturellen Rahmenprogramms bei festlichen Veranstaltungen übernehmen.<sup>28</sup> Hauptsächlich konzentrierte sich ihre Aktivität aber auf die „Kameradschaftshilfe“ für die wegen Volksverhetzung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus verurteilten SRP-Mitglieder. Die „Hilfe“ bestand darin, jene Inhaftierten zu betreuen, Spendenkampagnen für sie zu organisieren und deren Familien Freizeit- und Urlaubsaktivitäten anzubieten. Sie oblag seit 1950 dem von Eleonore von Wangenheim geleiteten Referat für Frauen- und Sozialarbeit, später dem ebenfalls von ihr geführten SRP-Frauenbund,<sup>29</sup> der im August 1950, zeitgleich mit der Reichsfront und der Reichsjugend, gegründet wurde. Wie ihre NS-Vorläufer – die NSF, die SA und die HJ – verfolgten diese Organisationen das Ziel, die SympathisantInnen an die Partei zu binden, den Nachwuchs auszubilden und somit den politischen und ideologischen Einfluss der Partei zu festigen.

Der Mobilisierungseifer der SRP-AnhängerInnen zeigte im Laufe der Monate beachtliche Wahlerfolge: 1951 erhielt die Partei bei der Niedersächsischen Landtagswahl und der Bremischen Bürgerschaftswahl jeweils 11% und 7,7% der Stim-

<sup>26</sup> Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 37.

<sup>27</sup> Hansen, Die sozialistische Reichspartei, S. 77.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Wohlhabende NS-SympathisantInnen wie die Gräfin Irmgard von Faber-Castell unterstützten die Partei bei der Kostendeckung für Gerichtsverfahren gegen ihre Funktionäre. Vgl. Tauber, Beyond Eagle and Swastica.

men. Doch waren es unter anderem dieser Eifer, der das Wiedererstarken nationalsozialistischer Kräfte auf deutschem Boden eindringlich bezeugte, und die Befürchtung auf staatlicher Seite, bei den westlichen Partnern deswegen an Ansehen und Vertrauen einzubüßen, die die Bundesregierung dazu bewogen, die Partei durch das Bundesverfassungsgericht auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin prüfen zu lassen. Die SRP wurde schließlich am 23. Oktober 1952 wegen ihrer „Wesensverwandtschaft [...] mit der NSDAP in Programm, Vorstellungswelt und Gesamtstil“<sup>30</sup> gemäß Art. 21 GG verboten. Somit wurde im Namen der „wehrhaften Demokratie“ ein Exempel statuiert, das sich auf die gesamte extreme Rechte auswirkte: Dazu angewiesen, die Werte und Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu achten, setzte sie von nun an auf eine legalistische Strategie.

Als Konkurrentin und Nachfolgerin der SRP versuchte die Deutsche Reichspartei (DRP) dementsprechend ihre Handlungsfähigkeit durch ein moderateres, (schein)demokratisches Auftreten zu stärken, obgleich sie „den Basiskonsens und das Legitimationskonzept der Bundesrepublik in entscheidenden Teilen“ ablehnte.<sup>31</sup> Sie war 1950 aus der Fusion der niedersächsischen Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP) und der hessischen Nationaldemokratischen Partei als Sammlungspartei entstanden, ohne sich je gegenüber der SRP behaupten zu können. Nach dem SRP-Verbot konnte sie ihre Mitgliederzahl zwar erhöhen, überschritt aber nie die Marke von 10 000 Mitgliedern und verzeichnete bei ihrer Auflösung 1965 nur noch 4 000 Mitglieder.<sup>32</sup> Frauen, die beispielsweise 1959 lediglich 9% der Gesamtmitgliedschaft ausmachten, waren in der Partei stark unterrepräsentiert. Ihr Parteieintritt konnte sowohl politisch und ideologisch als auch affektiv und privat begründet sein. Manche folgten ihrem Ehemann oder einem Familienmitglied in die Partei, andere waren schon zuvor, im Nationalsozialismus oder im Nachkriegsextremismus, aktive Kader gewesen. Aber nur wenigen wurde eine herausgehobene Stellung in der Parteileitung zugestanden. Im Parteivorstand betrug der Frauenanteil für die Jahre 1953 bis 1965 durchschnittlich nur 7,6% – in diesem Zeitraum wurden lediglich vier Frauen in den Bundesvorstand gewählt:<sup>33</sup> Hildegard von Rheden, Anneliese Brandes, Lilli Nolden und Gertraude Winkelvoß, die zu den exponierteren Parteifrauen gehörten. Eine besondere Stellung nahm indessen die 1895 in Neustadt am Rübenberge geborene Hildegard von Rheden ein, die wie ihr Ehemann, der Landesbauernführer, SA-Gruppenführer und Reichstagsabgeordnete Hartwig von Rheden, auf eine beachtliche nazistische Karriere zurückblicken konnte. Als Parteigenossin agitierte sie seit 1931 öffentlich für die NSDAP, sie betätigte sich während des Nationalsozialismus in diversen Landfrauenverbänden und leitete bis 1945 die Abteilung für Landfrauenarbeit im Reichsnährstand. Nach dem Krieg wurde sie bis 1947 in ei-

<sup>30</sup> Zit. nach Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus, S. 33.

<sup>31</sup> Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 205.

<sup>32</sup> Vgl. Sowinski, Deutsche Reichspartei, S. 145 ff.

<sup>33</sup> Der Frauenanteil wurde anhand der Vorstandslisten errechnet. Vgl. Vorlass von Lutz Niethammer, Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 315.

nem Lager interniert und ein Jahr später als „Mitläuferin“ entnazifiziert. Im Nachkriegsdeutschland schloss sie sich der DRP an, in der sie neben dem Frauenreferat noch andere politische Funktionen übernahm: Ab Mitte der 1950er-Jahre war sie sowohl Mitglied im erweiterten Parteivorstand (1955–1961) als auch gewählte DRP-Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag (1955–1959).<sup>34</sup> Sie ist ein Beispiel dafür, dass für männliche wie für weibliche Kader die politische Vorbelaufung – die man in der DRP als recht extreme „Expertise“ zu schätzen wusste – für die Erlangung von Leitungspositionen ausschlaggebend war. Auch Lilli Nolden konnte auf ihre politische Beharrlichkeit verweisen: Als Gehilfin von Prinzessin Elisabeth von Isenburg in der Stillen Hilfe und ehemaliges SRP-Mitglied wurde sie 1956 in die Parteileitung geholt. Anneliese Brandes und Gertraude Winkelvoß, beides ehemalige NSDAP-Anhängerinnen, wurden jeweils 1957 und 1964 – vornehmlich als weibliche Aushängeschilder der Partei – in den Bundesvorstand aufgenommen.

Generell fiel es den Parteifunktionärinnen schwer, die Frauenarbeit aus ihrer marginalen Position heraus zu gestalten; auch die desolate politische Lage der Partei war ihrem Aktivismus nicht besonders förderlich. 1961 aber nahm die Frauenreferentin Hildegard von Rheden den leichten Anstieg des Frauenanteils bei den Neuzugängen (12,5%) zum Anlass, um eine DRP-Frauenorganisation ins Leben zu rufen. Ihr Ziel war es, politische Berührungsängste von Frauen dadurch zu überwinden, dass ihnen beispielsweise im Rahmen von Bastelkursen, Geselligkeitsabenden und Besichtigungen historischer Stätten<sup>35</sup> ein gemeinsamer Identifikations- und Aktionsraum zur Verfügung gestellt wurde. Die Aktivitäten der Frauenorganisation stockten jedoch nach nur wenigen Monaten. Es fehlte an Rückhalt und vor allem an Interessentinnen: Der Synergieeffekt blieb aus. Auch die Parteileitung, die der politischen Partizipation von Frauen eher kritisch gegenüberstand, unterstützte die weibliche Initiative nur halbherzig – die Organisation wurde aufgelöst. Entmutigt verließ von Rheden noch im selben Jahr die Partei und überließ die Frauenarbeit der Frauenreferentin des niedersächsischen Landesvorstands, Gertraude Winkelvoß. Diese setzte bei den Mobilisierungsversuchen ihrer Vorgängerin an und rief die Parteianhängerinnen zur Mitarbeit auf:

„[Das] Jahr 1961 stellt eine Fülle neuer praktischer Aufgaben. Auch wir Frauen wollen unseren Teil dazu beitragen, immer mehr Menschen von der Redlichkeit und Klarheit unseres Wollens zu überzeugen und damit zur gemeinsamen Arbeit zu gewinnen. Jede Gemeinschaft wird nach außen nur die Kraft ausstrahlen, die sie innerlich bindet. Ich sehe diese innere Bindung als besondere Aufgabe für uns Frauen an und erwarte Ihre Bereitschaft und Mitarbeit. [...] Wir Frauen haben neben den Männern eine ganz besondere Aufgabe. Diese müssen wir erfüllen.“<sup>36</sup>

Wohl wissend, dass die fehlende Politisierung von Frauen die größte Hürde für deren politische Teilhabe darstellte, bemühte sich Winkelvoß, den politischen Sinn

<sup>34</sup> Vgl. Schmollinger, Die Deutsche Reichspartei, S. 1178.

<sup>35</sup> Sowinski, Deutsche Reichspartei, S. 172.

<sup>36</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß, 24. 3. 1961, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover/ Niedersächsisches Landesarchiv (Nds. HStA/NLA), Kleine Erwerbung A6 Nr. 1.

der DRP-Frauen durch Ratschläge – die manchmal wie Befehle anmuteten – zu schärfen:

„Verfolgen Sie kritisch die Ereignisse, die uns alle angehen. Bilden Sie sich ein eigenes Urteil – lesen Sie den Reichsruf, er wird Ihnen dabei helfen. Besuchen Sie die Veranstaltungen der Deutschen Reichspartei [...]. Nehmen Sie an Bezirkstagungen teil und kommen Sie zu den Parteitagen [...]. Dort gewinnen wir aneinander Kraft und Auftrieb und dokumentieren auch nach außen unsere Stärke. [...] Es gibt noch viele, die gesund deutsch denken und fühlen. Es gilt, diese zu finden und ihnen Mut zu machen, freimütig deutsch zu sein und zu handeln.“<sup>37</sup>

Vorrangig ging es ihr darum, „weibliche Stärke“ sowohl nach innen als auch nach außen zu demonstrieren, dabei den weiblichen Nationalismus zu konsolidieren, die Frauen langfristig an die Partei zu binden und sie vor allem zu ideologischen Multiplikatorinnen zu machen: Frauen und Mütter sollten die DRP-Programmatik in ihren eigenen Einflussbereich, in die Familie, in den Bekanntenkreis und in die Gesellschaft hineintragen.

Die Programmatik war so vage formuliert, dass sie parteiintern die Koexistenz sehr heterogener Strömungen ermöglichte. Sie versammelte zugleich jedoch die DRP-Männer und -Frauen gezielt hinter den ideologischen Grundfesten des Post-Nationalsozialismus. Hervorgehoben wurden die „Volksgemeinschaft“ und der Reichsmythos, die die PostnazistInnen auch in der Nachkriegszeit zur Beschwörung einer nationalistischen, gar völkischen „Blut- und Schicksalsgemeinschaft“ nutzten. Zu den Eckpunkten des stark antikommunistischen Parteiprogramms zählten zudem die Lösung der „Deutschen Frage“ sowie die Wiederherstellung des Reichs in den Grenzen von 1938.<sup>38</sup> Allgemein knüpfte die Partei sowohl an eine antidemokratische und antiparlementarische Auffassung von Politik als auch an eine autoritär-zentralistische, antimodernistische und korporatistische Vorstellung von Staat und Gesellschaft an, die sich auch auf die Geschlechterverhältnisse niederschlug. Die Partei lehnte die Gleichberechtigung der Geschlechter genauso ab wie die Integration von Frauen in die Arbeitswelt. Aus natalistischen, wirtschaftlichen und „moralischen“ Erwägungen sollten Frauen den Arbeitsmarkt den Männern überlassen und sich eigens der Mutterschaft, ihrer „Berufung“, widmen: „Die Aufgabe der Frau ist es, Mutter ihrer Kinder zu sein. Nur im Notfall und in Erfüllung einer echten Berufsaufgabe soll sie zweite Verdiensterin sein.“<sup>39</sup>

Dabei wurde die Familie als „Mitte aller Lebensordnung“<sup>40</sup> herausgestellt: Der Vorschlag, ein „Ehestandsdarlehen“ einzurichten und „erbgesunden“ Großfamilien Kindergeld zuzusichern,<sup>41</sup> erinnerte an die sozialen „Errungenschaften“ des „Dritten Reichs“, in dem die Familie zum biologisch-rassischen Stützpfiler der „Volksgemeinschaft“ stilisiert wurde. Das Parteiprogramm der DRP bot keine kon-

<sup>37</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1962, ebenda (Unterstreichung im Original).

<sup>38</sup> Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus, S. 210.

<sup>39</sup> DRP, Programm der Deutschen Reichspartei, Abschnitt V.4.

<sup>40</sup> Gertraude Winkelvoß, „Forderung oder Entschließung zum Parteitag“, April 1961, Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>41</sup> DRP, Programm, Abschnitt V.5.

kreten Lösungsvorschläge für unmittelbare Probleme im Nachkriegsdeutschland, vielmehr war es darauf angelegt, politische Sehnsüchte und Nostalgien zu pflegen, um innerparteilich über die Beliebigkeit der politischen Positionen hinaus einen rechtsextremistischen Konsens zu erreichen. Dieser Konsens konnte jedoch in Anbetracht des seit dem Anfang der 1960er-Jahre innerhalb der Partei zwischen dem atlantischen und dem neutralistischen Flügel tobenden Machtkampfes, der immer wieder Abspaltungen verursachte, nicht standhalten. Zusätzlich belasteten 1961 die schlechten Wahlergebnisse auf Landes- und Bundesebene (0,8% der Stimmen) die ohnehin schon angeschlagene Partei. Die Öffentlichkeit machte sie wegen ihrer radikalen Propaganda für die sogenannte „antisemitische Schmierwelle“ verantwortlich, die in den Jahren 1959/60 mehrere westdeutsche Städte betroffen hatte.<sup>42</sup>

Als Adolf von Thadden auf dem Höhepunkt der Krise 1961 den Arzt und bekannten Nationalsozialisten Heinrich Kunstmüller, für den eine Zeit lang Ingeborg Dönitz, die Ehefrau des ehemaligen Großadmirals Karl Dönitz, als Sprechstundenhilfe arbeitete, an der DRP-Spitze ablöste, nutzten einige Parteifrauen die Gelegenheit, um sich besser zu profilieren. In der Hoffnung, durch den neuen Vorstand mehr Unterstützung für die weibliche Parteiarbeit zu erhalten, wandte sich Gertraude Winkelvoß im Januar 1962 an den neuen Parteichef:

„Ich will mir nicht anmaßen, was mir nicht zusteht, aber die schwierige Lage, in der wir uns mit unserer Partei befinden, zwingt uns doch zur Ausschöpfung aller Gegebenheiten. Man sollte die psychologische Wirkung nicht unterschätzen, wenn unter Ihrer Ära das Wirklichkeit würde, wodurch alle denkenden Frauen ihre selbstverständliche Einsatzbereitschaft honoriert sehen möchten, eine echte Partnerschaft. Über einen Mangel in diese Richtung klagen alle Frauen in sämtlichen Verbänden und den anderen Parteien. [...] Für eine Zusammenarbeit von Männern und Frauen sehe ich keine Schwierigkeit, da es uns immer um die Sache gehen wird [...].“<sup>43</sup>

Dieser Appell, Frauen politisch ernst zu nehmen und die „Partnerschaft der Geschlechter“ durch eine stärkere Einbindung von Frauen in Aktivismus und Propaganda zu fördern, verhallte wirkungslos. Anders als für Winkelvoß schien für Adolf von Thadden die Frauenfrage offenbar kein relevanter Ansatzpunkt zur Krisenbewältigung seiner Partei zu sein. Er verfolgte eine andere politische Agenda, und zwar die der politischen Sammlung, und fing an, mit konkurrierenden Kräften Verhandlungsgespräche zu führen. Um die extreme Rechte aus dem „nationalistischen Ghetto“ zu lotsen, sollte eine neue Partei gegründet werden. Angestrebt wurde, die unterschiedlichen Strömungen des nationalen Lagers hinsichtlich der unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl zu transzendieren bzw. zu vereinen. Schließlich wurde am 28. November 1964 in Hannover die Nationaldemokratische Partei Deutschlands aus der Taufe gehoben, die sich ab Mitte der 1960er-Jahre zum Gravitationszentrum der extremen Rechten entwickeln sollte.

<sup>42</sup> Vgl. Sowinski, Deutsche Reichspartei.

<sup>43</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden, 17. 1. 1962, Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

## 2. Aufbau und Konsolidierung: die Frühphase der Nationaldemokratie (1964–1967)

### 2.1. Die Entstehung einer neuen Sammlungspartei

Zwischen dem 20. und dem 21. Juni 1964 fand in Bonn der 13. DRP-Bundesparteitag statt, bei dem die Partei mit Blick auf die Bundestagswahl 1965 zur Vereinigung der „nationalen Opposition“ aufrief. Dieser Appell folgte den schon seit 1963 im Geheimen von ihr geführten Verhandlungen mit politischen Konkurrenten wie der DNVP, dem GDP/BHE, dem DB, der DP oder der ANP,<sup>44</sup> welche allesamt aus dem diffusen bürgerlich-nationalkonservativen Umfeld rechts von der Strauß'schen CSU stammten.<sup>45</sup> Der Vereinigungsprozess drohte im Laufe der Monate mehrmals an zu starken programmatischen Unstimmigkeiten sowie personellen Querelen, politischen Rivalitäten und der Angst vieler Beteiligter, durch das Bündnis ihre Identität und Selbständigkeit zu verlieren, zu scheitern: Der DB und die ANP verließen vorzeitig den Verhandlungstisch. Da die Zeit drängte, einigten sich Adolf von Thadden (DRP) und Friedrich Thielen (DP) während einer Tagung in Celle am 10. Oktober 1964 auf die Gründung einer neuen Partei: der NPD.<sup>46</sup> Bei der Vorbereitungssitzung in Hannover beschlossen 15 Männer und zwei Frauen – Anneliese Bläsing und die bei der Sitzung als Protokollführerin fungierende Brunhilde Hoffmann –, Thielen als Parteivorsitzenden vorzuschlagen.<sup>47</sup> Noch am selben Tag wurde die NPD ins Vereinsregister eingetragen. Zwei Wochen später, am 28. November 1964, versammelten sich 708 von Thielen namentlich eingeladene Männer und Frauen in Hannover, um die Parteigründung zu bestätigen. 433 Personen traten unverzüglich in die unmittelbar zuvor geschaffene Partei ein, verabschiedeten ihre Satzung und wählten den ersten Bundesvorstand.<sup>48</sup> Ihm gehörten neben dem Parteivorsitzenden Friedrich Thielen (DP) und den drei Stellvertretern Wilhelm Gutmann (GDP/BHE), Adolf von Thadden (DRP) und Heinrich Faßbender (DNVP) insgesamt 15 Männer und zwei Frauen an. Die mit 308 Stimmen in den Vorstand gewählte Anneliese Bläsing war eine Mitarbeiterin und enge Vertraute Heinrich Faßbenders; Gertraude Winkelvoß, die Adolf von Thadden als treue Weggefährtin vom niedersächsischen Landesvorstand der DRP in die NPD gefolgt war, schaffte den Sprung in den NPD-Vorstand mit 278 Stimmen nur knapp:<sup>49</sup> Beide konnten

<sup>44</sup> Es handelt sich um die 1962 von dem Bundestagsabgeordneten Heinrich Faßbender gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) sowie um die Gesamtdeutsche Partei (GDP), den Deutschen Block (DB), die Deutsche Partei (DP) und um die Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik (ANP).

<sup>45</sup> Smoydzin, NPD, S. 20–23.

<sup>46</sup> Hoffmann, NPD, S. 74.

<sup>47</sup> Protokoll über die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, 14. 11. 1964, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61/1.

<sup>48</sup> NPD, Rundschreiben Nr. 1/1964, 1. 12. 1964, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>49</sup> Gründungsversammlung der National-Demokratischen Partei am 28. November 1964 in Hannover-Döhren, in: BStU, MfS Zentralarchiv AS 94/77, S. 273–277, hier S. 275.

somit von der Unterstützung ihrer politischen Mentoren profitieren, die ihnen von vornherein eine privilegierte – wenn auch zweitrangige – Stellung in der Partei garantierten.

Auch wenn die Sammlung der politischen Kräfte letztendlich weniger breit war als von den ProtagonistInnen erhofft, so konnte die NPD doch von Anfang an NationalistInnen verschiedener Couleur anziehen, die nach diversen gescheiterten politischen Unternehmungen durch die Parteigründung nun die Chance witterten, ihrer politischen Karriere neuen Schwung zu verleihen. Die Personenwahl für die Leitungsposten folgte vor allem taktischen Erwägungen. Obwohl es sich maßgeblich um einen „vom DRP-Apparat initiierten, forcierten und gesteuerten Prozess“<sup>50</sup> handelte, traten die Thadden-Anhänger hinter unscheinbaren oder zumindest unbelasteten Persönlichkeiten der anderen Parteien zurück. Mit der Wahl Friedrich Thielens zum Bundesvorsitzenden stand nun ein ehemaliger Bremer Christdemokrat und Betonfabrikant an der Parteispitze, der einen bürgerlichen, ‚sauberen‘, d. h. scheinbar moderaten Nationalismus verkörperte. Er lenkte nicht nur von der politischen Vorbelastung vieler anderer Vorstandsmitglieder ab, sondern verlieh der NPD auch eine gewisse politische Glaubwürdigkeit und das passende demokratische Image: und zwar jenes, wie in der Satzung vermerkt, einer „politisch(en) Partei im Sinne des Art. 21 GG“, die „sich zur abendländisch-christlichen Kultur“ bekannte und „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“<sup>51</sup> stand. Die Partei leitete daraus den Anspruch ab, eine „konstruktive Opposition“ zu den Bonner Regierungen gestalten zu können und zu wollen. Doch war der nachdrückliche Verweis auf die Verfassungsmäßigkeit der Partei weniger Ausdruck der demokratischen Lernfähigkeit der postnazistischen AkteurInnen als der simple Versuch, die extreme Rechte auf legalem Wege zu normalisieren.

Nach der NPD-Gründung konnte der Parteiaufbau auf lokaler und regionaler Ebene durch die Übernahme der vorhandenen DRP-Apparatur zügig vorangetrieben werden: Neben dem Sitz in Hannover überließ die DRP der NPD auch das Organ „Der Reichsruf“, das am 1. Januar 1965 in „Deutsche Nachrichten“ umbenannt wurde. Die DRP kontrollierte somit die Organisation, die politische Arbeit und die Propaganda der neuen Partei. Ihre Anhänger, die dem Lockruf des Vorstands mehrheitlich gefolgt waren, bildeten bei weitem auch die größte Mitgliedergruppe innerhalb der NPD.<sup>52</sup> Diese Disproportionalität verlieh den DRP-AktivistInnen eine komfortable Stellung innerhalb der neuen Partei: Sie konnten nach der offiziellen Auflösung der DRP im Dezember 1965 auf eine gewisse Kontinuität setzen und ihre Machtfülle innerparteilich noch ausbauen. Ihre politischen Partner aus der DP und der DNV hingegen betrachteten diese einseitige Kompetenzübertragung mit Argwohn. Sie erkannten zwar ihren politischen bzw. wahlakti-

<sup>50</sup> Botsch, Die extreme Rechte, S. 46 ff.

<sup>51</sup> NPD, Die Satzung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Politische Aufgabe, §2, 1967, in: IfZ München, Akz. 7183/86 Bestand ED 704/1.

<sup>52</sup> Hoffmann, NPD, S. 75.

ischen Nutzen, doch waren sie nicht bereit, diese Machtasymmetrie, die sie innerparteilich spürbar schwächte, kampflos hinzunehmen. Der Aufstieg der krisenanfälligen NPD verlief demnach nicht geradlinig, sondern ging von Anfang an mit harten Konflikten und vehementen Machtkämpfen einher, die letztendlich 1967 – zu einem für die Partei erfolgreichen und deswegen wenig opportunen Zeitpunkt – zu einem regelrechten Grabenkrieg zwischen Friedrich Thielen und Adolf von Thadden ausarteten und schlussendlich zur Ablösung des Ersteren durch von Thadden und zum Triumph der DRP-Kader führten.<sup>53</sup>

In der Aufbau- und Konsolidierungsphase wurde die Verwurzelung der Nationaldemokratie auf dem bundesdeutschen Territorium wirksam vorangetrieben. Im September 1965 verzeichnete die NPD Landesverbände in sämtlichen Bundesländern sowie 66 Bezirksverbände und 550 Kreis- und Ortsverbände.<sup>54</sup> Sie konnte wie geplant an der Bundestagswahl 1965 teilnehmen, bei der sie 2% der Zweitstimmen erhielt. Das Ergebnis blieb zwar hinter den Erwartungen zurück. Als erste Belastungsprobe demonstrierte es dennoch die Funktionstüchtigkeit ihrer Organisation sowie die Opferbereitschaft der Mitglieder, welche die Partei substanziell finanzierten.<sup>55</sup> Dank ihrer Effizienz hatten die WahlkämpferInnen der Partei bundesweit zu mehr Sichtbarkeit verholfen.

Die Frühphase der NPD-Geschichte ist durchaus bekannt – ihr erfolgreicher Aufbau- und Konsolidierungsprozess wurde von Historikern und Politikwissenschaftlern mehrmals nachgezeichnet und kommentiert;<sup>56</sup> von der Forschung hingegen vollends unbeachtet blieb bisher die Rolle, die den Parteigründerinnen darin zukam. Die Frauen hatten sich in der Vorbereitungsphase aus den Sammlungsverhandlungen herausgehalten – dieses Vorrecht war den männlichen Politikern vorbehalten. Nach der Gründung hingegen wurden alle NationaldemokratInnen aufgerufen, sich aktiv an dem Aufbau und der Verwaltung der lokalen Parteistrukturen zu beteiligen. Die Frauen befolgten die Aufforderung je nach Resourcen und Möglichkeiten. Die ehemalige DRP-Partefunktionärin und frisch in den NPD-Bundesvorstand gewählte Gertraude Winkelvoß beispielsweise machte ihre Lüneburger Mitbürger schon fünf Tage nach der offiziellen Parteigründung durch ein Inserat in der „Lüneburger Landeszeitung“ auf die neue Partei aufmerksam.<sup>57</sup> Wenige Wochen später, bei einer politischen Versammlung am 17. Januar 1965, bat sie die anwesenden Gäste, die „nationalbewusste deutsche Politik“ der

<sup>53</sup> Botsch, Die extreme Rechte, S. 47.

<sup>54</sup> Niethammer, Angepaßter Faschismus, S. 29.

<sup>55</sup> Zu Beginn finanzierte sich die Partei ausschließlich über Mitgliederbeiträge und Spenden, die z. B. anlässlich von kostenpflichtigen Veranstaltungen oder durch Kader und Freundeskreise bei Einzelpersonen und kleinen Unternehmen eingetrieben wurden. Im Jahr 1968 verfügte die NPD bereits über 3,86 Millionen DM, die Hälfte der Einnahmen stammte aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung. Vgl. Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus, S. 51 ff.

<sup>56</sup> Vgl. bspw. Kühnl, NPD; Smoydzin, NPD; Bröder, Sprachrohr; Dudek/Jaschke, Rechtsextremismus; Fascher, Modernisierter Rechtsextremismus; Hoffmann, NPD.

<sup>57</sup> Akte Gertraude Winkelvoß, in: Nds. HStA/NLA, Nds. 147 Acc 93/95 Nr. 898.

NPD durch die Gründung eines Kreisverbands zu unterstützen.<sup>58</sup> Durch den einstimmigen Rückhalt der Lüneburger SympathisantInnen gestärkt, übernahm sie an der Spitze eines fünfköpfigen – und sonst ausschließlich männlichen – Ausschusses die inhaltliche und logistische Vorbereitung der KV-Gründung. Sie verteilte die Aufgaben (Kontoeröffnung, Mittelbeschaffung usw.), bestimmte die Tagesordnung, den Ort und die Zeit, reservierte den Saal, verpflichtete den niedersächsischen Landeschef Lothar Kühne als Gastredner und rührte die Werbetrommel in Lüneburg.<sup>59</sup> Bei der eigentlichen Gründungsversammlung vom 17. Februar 1965 wurde sie zur KV-Vorsitzenden gewählt; diese Position bekleidete sie bis zu ihrer Wahl in den Niedersächsischen Landtag im Oktober 1967. In dieser Zeit behauptete sie sich nicht nur als patente Koordinatorin der politischen Arbeit und Kommunikation, sondern auch als unermüdliche Wahlkämpferin. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1965 organisierte sie zahlreiche Informationsveranstaltungen und Diskussionsabende mit führenden NPD-Kadern wie Friedrich Thielen,<sup>60</sup> er-suchte Großunternehmen wie VW oder Krupp um Parteispenden, welche aus Neutralitätsgründen stets abgelehnt wurden,<sup>61</sup> und rief unentwegt und manchmal in sehr eindringlicher Manier die Parteibasis zur politischen Aktion auf:

„Es sind noch dreizehn Wochen bis zum 19. September. In diesen wenigen Wochen muss es jeder irgendwie schaffen, dabei mitzuhelfen, endlich auch nationale Demokraten in den Bundestag zu bringen. Verteilen Sie Manifeste und Flugblätter, bringen Sie Plakate an (bitte, nicht dort, wo es verboten ist!), besuchen Sie unsere Veranstaltungen und werben, werben, werben Sie! – Die anderen bezahlen ihre Propaganda mit Ihren Steuergeldern, unterstützen Sie aus freien Stücken die Männer und Frauen, die selbstlos für Deutschland tätig sind.“<sup>62</sup>

Winkelvoß' Aktivismus, der sich nach 1965 noch steigerte, steht exemplarisch für die individuellen politischen, organisatorischen und propagandistischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen in der NPD-Frühphase. Sie war gewiss nicht die einzige KV-Vorsitzende, aber eine bedeutsame lokale Impulsgeberin und gehörte sicherlich zu den leidenschaftlichsten, frenetischsten, wenn nicht fanatischsten VertreterInnen der NPD-Gründungsgeneration.

Allgemein betrachtet eröffnete die durch die Parteigründung ausgelöste Dynamik den AnhängerInnen neue Freiräume und Interventionsmöglichkeiten, die Frauen vor allem auf lokaler Ebene wahrnahmen. Besonders für politische NovizInnen, die sich vorerst von der „großen Politik“, ihren Hierarchien und rauen Umgangsformen fernhalten wollten, konnte die Lokalpolitik in Klein- und Mittel-

<sup>58</sup> NPD-KV Lüneburg, Protokoll der Gründungsversammlung, 17. 1. 1965, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>59</sup> NPD-KV Lüneburg, Über die Sitzung des „Vorbereitenden Ausschusses“ für die Gründung eines Kreisverbandes der NPD in Lüneburg, am 21. 1. 1965, 19 Uhr 30, In der Techt, Nr. 1, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>60</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß, Juni 1965, in: ebenda.

<sup>61</sup> Briefe des Volkswagenwerks, 6. 9. 1965 (Wolfsburg), von Friedrich Krupp, 6. 9. 1965 (Essen), und der Farbwerke Hoechst, 13. 9. 1965 (Frankfurt a. M.), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>62</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an die KV-Mitglieder, Juni 1965, in: ebenda.

städten eine zumutbare Alternative darstellen. Diese „Politik im Kleinen“ bot ihnen eine Plattform, in der sie an die politische Praxis herangeführt wurden, diese erprobten, sich dabei eventuell auch bewährten, ohne jedoch öffentlich zu stark exponiert zu sein. Frauen konnten sich so in einem ihnen vertrauten Rahmen politisch einbringen und profilieren, an Wahlen teilnehmen, eigene Themen setzen und dabei ihre eigenen Netzwerke bilden und mobilisieren. Dass die Lokalpolitik für viele NPD-Frauen aber keine individuelle oder einsame Tätigkeit war, dass sie jene häufig zusammen mit dem Ehepartner, den Kindern, Angehörigen oder auch Freunden beschriften, bezeugt Anneliese Michels, die ihren Eintritt in die bayerische NPD 1965 wie folgt beschrieb:

„Es dauerte nicht lange und Frau Kroeger erzählte mir von einer neugegründeten Partei, der NPD – und mich durchfuhr ein Ruck. Das war für mich das Fanal! [...] Ein neues Leben begann, das bald auf meine Familie übergriff. Es gab nur noch ein Thema: die NPD. Unzählige Versammlungen folgten. Als Gründungsmitglied der NPD nahm ich an den Gründungen des Kreis- und Ortsverbandes teil, und nach und nach ergab es sich, daß Aufgaben in der Partei zu erfüllen waren. Mein Mann war zeitweiliger Schatzmeister, ich Schriftführerin und Pressesprecherin.“<sup>63</sup>

Tatsächlich sollten die persönlichen Bindungen und privaten Netzwerke der AkteurInnen nicht außer Acht gelassen werden: Für alle Beteiligten wirkten sie motivationsstärkend und determinierten in den 1960er-Jahren noch entscheidend die politische Beteiligung von Frauen. Die politische Karriere des Ehemannes bestimmte häufig ihren Eintritt in die Partei sowie ihre Aktivität im Kreisverband. Das Politikerpaar als solches, das von der Forschung meist ausgebendet wird, war ein aktivistischer Motor, der vor allem in der Konsolidierungsphase wesentlich zur Stabilisierung der lokalen Strukturen beitrug. Um das ganze westdeutsche Territorium mit Verbänden abdecken zu können und das Wachstum der Parteiorganisation trotz Personalmangels zu gewährleisten, mussten alle vorhandenen Kräfte und Ressourcen ausgeschöpft werden: Auf der untersten Ebene war die Partei auf die Zusammenarbeit von verheirateten oder zumindest liierten Männern und Frauen regelrecht angewiesen. Der KV München-West von 1967 glich dementsprechend einem Familienunternehmen: Der elfköpfige Kreisvorstand beruhte ausschließlich auf Ehepaar- und Vater-Sohn-Konstellationen.<sup>64</sup> Es gibt noch weitere Beispiele jener politisch-familiären Verflechtungen: Ernst und Luise Straka arbeiteten gemeinsam im Vorstand des KV Saulgau (Baden-Württemberg), Heino und Claire Kaeuffer im KV Ahrlweiler (Rheinland-Pfalz) und Dieter und Anneliese Fürst im KV Segeberg (Schleswig-Holstein); das Gleiche gilt für die Eheleute Leuschel und Clausen aus den KV Pinneberg und Ratzeburg (Schleswig-Holstein), für die Stagers in Villingen (Baden-Württemberg), die Fedders aus dem KV Friesland oder die Körners vom KV Germering-Unterpaffenhofen (Bayern).<sup>65</sup> Ferner sind eben-

<sup>63</sup> Michels, Erlebnisse, S. 94.

<sup>64</sup> Ortsverband München, Kartei der Bezirksverwaltung Magdeburg, Abteilung VIII/3, 1967, in: BStU, MfS ZAIG Nr. 9810, S. 52.

<sup>65</sup> Die Informationen entstammen dem Parteiorgan „Die Deutschen Nachrichten“ (DN), Nr. 1–4 und 40, 1967.

falls die bekannteren Ehepaare Gebauer aus Hamburg, die Herrmanns und Dörfels aus Bayern, die David-Happachs aus Schleswig-Holstein und die Kruses aus Bremen zu erwähnen, die in den 1960er-Jahren auch in den NPD-Landesverbänden aktiv waren.

Innerhalb der ehelichen Konstellation war die Rollenverteilung eher klassisch: Die Männer waren meist Kreisverbandsvorsitzende, ihre Ehefrauen die mit der Sekretariatsarbeit beauftragten Schatzmeisterinnen, Schriftführerinnen oder Beisitzerinnen der Verbände. Erfüllten sie als Lückenbüsserinnen gelegentlich nur eine Alibi-Funktion, so konnten sie vor allem in Wahlkampfkontexten, wenn der Aktivismus von beiden getragen wurde und das Familien- und Privatleben vollends auf diesen ausgerichtet war, die Ehemänner auch entlasten. Entsprechend formulierte es auch Gertraude Winkelvoß: „Geteilte Arbeit ist keine halbe Arbeit, sondern doppelte Kraft.“<sup>66</sup> Dadurch, dass die Politik im lokalen und kleinen Rahmen für Frauen gesellschaftlich einigermaßen akzeptabel war, dass sie den traditionellen Rollenerwartungen und klassischen Lebenswegen nicht widersprach, darüber hinaus planbar und überschaubar war und sich mit Familie und Haushalt vereinbaren ließ, waren die Kreisverbände das bevorzugte Betätigungsfeld von NPD-Frauen. Sie gewährten ihnen einen geschützten Raum der politischen Ausbildung und Professionalisierung. Wie viele NPD-Kaderfrauen genau auf dieser Ebene aktiv waren, lässt sich aus den Quellen nicht mit Bestimmtheit ableiten, offenkundig ist aber folgender Umstand: Je höher die Parteibene, desto weniger begegnete man Frauen geschweige denn Paaren. Die Landes- und Bundesebenen waren einsamen und ‚kampferprobten‘ GefährtInnen vorbehalten.

## 2.2. Die Basis der NPD

Der Gründungsela spiegelte sich auch in der beachtlichen Mitgliederentwicklung der ersten Jahre wider: Im Dezember 1965, knapp ein Jahr nach der Konstituierung der NPD, verzeichnete sie 13 145 Mitglieder; sie konnte ihre Basis in den Folgejahren noch erweitern und erreichte 1967 ihren Höchststand von 28 000 Mitgliedern.<sup>67</sup> Die Gesamtmitgliederzahl mag bis 1969 zwar relativ stabil geblieben sein, doch blieb die Partei über die ganze Zeitspanne hinweg einer starken Eintritts- und Austrittsfluktuation ausgesetzt.<sup>68</sup> Die Parteileitung ihrerseits kommentierte im Parteiorgan überschwänglich die Entwicklung der Neueintritte, gab aber keine Auskunft über das Geschlecht der Mitglieder. Mitte der 1960er-Jahre schätzte der Historiker Lutz Niethammer den Frauenanteil auf 5%; im September

<sup>66</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß, Juli 1962, in: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 66, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

<sup>67</sup> Vgl. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, S. 1973.

<sup>68</sup> Zwischen 1964 und 1969 traten 48 000 Personen in die NPD ein und 20 000 aus der Partei aus. Mitgliederentwicklung der NPD anhand der angegebenen Mitglieds-Nummern in: IfZ München, ZA/S NPD 1966, 1.–20. Nov.

1968 sahen die Journalisten der FAZ diesen eher bei 15%.<sup>69</sup> Wahrscheinlicher ist aber die Rate von 11%, welche die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ 1967 in einer Publikation von dem für gewöhnlich gut informierten Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) übernahm.<sup>70</sup> Auch wenn Frauen somit sehr stark in der Minderheit waren – 89% der Mitglieder waren immerhin Männer –, so war diese Geschlechterasymmetrie keinesfalls ungewöhnlich für die Bonner Republik. Die NPD-Frauenrate war zu dieser Zeit in etwa vergleichbar mit jener der Christdemokratinnen (13,3%), blieb 1965 zwar hinter dem Anteil an Sozialdemokratinnen (17,4%) zurück, überschritt aber den der CSU- (5%) und der FDP-Frauen (8%).<sup>71</sup> Der *Gender Gap* lässt sich unabhängig von der politischen Färbung für alle bundesdeutschen Parteien feststellen, sodass die These einer „männlichen Spezifität“<sup>72</sup> extrem rechter Parteien in den 1960er-Jahren zu relativieren ist. Mit ihrem im Durchschnitt liegenden Frauenanteil wies die NPD eher eine strukturelle „Normalität“ auf, die wesentlich darauf beruhte, dass die männliche Hegemonie in Parteien und Politik als Soll- und Musszustand hingenommen – und von Männern unbedingt verteidigt – wurde.

Genauso schwierig erscheint es, mit Gewissheit das politische und sozioprofessionelle Profil der weiblichen Mitglieder zu bestimmen, da die Quellen keine nach Geschlecht aufgeschlüsselten Statistiken hergeben. Die NPD-Führungsriege frohlockte vor allem über den jungen Nachwuchs, dessen Eintritt sie propagandistisch aufbereitete: Darauf aufbauend präsentierte sie sich als „junge“, „unbelastete“ und demnach „neue“, vom Nationalsozialismus abgekehrte Partei. Der Propagandabeauftragte Otto Heß erinnerte in einem Rundschreiben an diesen entscheidenden Punkt:

„Unsere Propaganda muss sich sehr an die jungen Jahrgänge von 1918–1948 wenden. Sie sind von der Vergangenheit unbelastet und haben keine persönliche Vergangenheit zu bewältigen.“<sup>73</sup>

1968 waren Statistiken zufolge 16% der NationaldemokratInnen über 65 Jahre alt; der Anteil der 45- bis 65-Jährigen belief sich auf 30%, jener der unter 45-Jährigen auf 54%.<sup>74</sup> Somit war die Partei nur bedingt jung. Der NPD gelang es tatsächlich, die jüngeren Generationen anzusprechen, doch waren es gerade jene Mitglieder

<sup>69</sup> Lutz Niethammer, „NSDAP ohne SA?“ Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., S. 30, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 318/2; FAZ, 18. 9. 1968, in: BStU, MfS ZAIG Nr. 9810 2/2, S. 351.

<sup>70</sup> APuZ, Rechtsradikalismus, S. 8.

<sup>71</sup> Fülls, Frauen in Partei und Parlament, S. 25.

<sup>72</sup> Niethammer schrieb diesbezüglich: „Erfahrungsgemäß ist der Aktivismus und Fanatismus, aber auch der durchschnittlich höhere Informationsgrad von kleinen und radikalen Gruppen mit [...] MännerSache oder gar Männerbünden verknüpft.“ Vgl. Niethammer, „NSDAP ohne SA?“ Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., S. 30, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 318/2; FAZ, 18. 9. 1968, in: BStU, MfS ZAIG Nr. 9810 2/2.

<sup>73</sup> NPD, Rundschreiben der Propaganda-Abteilung der NPD, Nr. 2/65, 12. 3. 1965, Nds. HStA/ NLA, VVP 39 Bd. 9 II NPD (Ic).

<sup>74</sup> Daten der NPD-Mitglieder nach Alter, 1968, in: NPD von A bis Z, 15. 4. 1969, in: IfZ München, ZA/S NPD 1966, 1.-20. Nov.

mittleren Alters zwischen 30 und 50 Jahren, die vom Nationalsozialismus geprägt, in diesem u. U. auch sozialisiert worden waren und deren Engagement in der bürgerlich-nationalkonservativen NPD oftmals auch in der Kontinuität zu dieser Erfahrung stand. Die Hef'sche Behauptung von der „unbelasteten Jugend“ kann demnach als fadenscheinig betrachtet werden, zumal die politische Vergangenheit sehr vieler Mitglieder eng mit dem „Dritten Reich“ zusammenhing. Nach Angaben des BfV waren 3 000 bis 4 000 NationaldemokratInnen zuvor Mitglieder der NSDAP gewesen, 2 000 von ihnen waren schon vor 1933 in die Partei eingetreten.<sup>75</sup> In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre machten die ehemaligen NSDAP-Angehörigen nur noch 2% der westdeutschen Gesamtbevölkerung aus;<sup>76</sup> ihr Anteil war in der NPD achtmal so hoch, was die Partei folgendermaßen zu rechtfertigen versuchte:

„Die NPD interessiert sich für die Vergangenheit ihrer Mitglieder nur insoweit, als Vorstrafen und unehrenhaftes Verhalten die Zugehörigkeit zur NPD ausschließen [...]. Die Grundlagen nationaldemokratischer Politik und das Programm der NPD haben mit den Zielen der NSDAP nichts gemein. [...] Es gibt ehemalige NSDAP-Mitglieder in allen Parteien. Die NPD geht davon aus, daß sie ihre vor Jahrzehnten gültigen Überzeugungen inzwischen aufgegeben haben, ebenso wie die anderen Parteien in der Bundesrepublik von ehemaligen Nationalsozialisten in ihren Reihen eine gewandelte Überzeugung erwarten.“<sup>77</sup>

Ihr Anspruch auf eine politische „Normalität“ konnte vor dem Hintergrund, dass der damals amtierende christdemokratische Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger selbst ehemaliger NSDAP-Angehöriger war, natürlich als durchaus gerechtfertigt erscheinen; der wesentliche Unterschied zu den anderen Parteien bestand dennoch darin, dass die rechtsextremen AktivistInnen unter den Mitgliedern der NPD wenn nicht in der Mehrheit, so doch stark überrepräsentiert waren: Nach Schätzungen der staatlichen Stellen waren 35% der NationaldemokratInnen Mitglied von NSDAP und/oder Organisationen der extremen Rechten nach 1945 gewesen.<sup>78</sup> Entgegen offiziellen Beteuerungen der Partei sprach die Propaganda diese postnazistische Klientel auch gezielt an.

Die sozioprofessionellen Angaben zu den Parteifrauen sind noch spärlicher. Im Jahr 1967 zählte die Partei rund 5% Hausfrauen; die restlichen 6% mussten demnach einer beruflichen Tätigkeit nachgegangen sein. Sie wurden in die allgemeinen – und geschlechtsblind – Statistiken mit aufgenommen und bildeten wohl einen verschwindend geringen Anteil der in der Partei aktiven ArbeiterInnen (32%), AkademikerInnen, StudentInnen, FreiberuflerInnen und höheren BeamtenInnen (4%), der anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes (6%), der RentnerInnen (9%) sowie der Angestellten (17%) und VertreterInnen des selbstständigen Mittelstands (27%).<sup>79</sup> Es ist kein leichtes Unterfangen, aus den Quellen

<sup>75</sup> APuZ, Rechtsradikalismus, S. 10.

<sup>76</sup> Hoffmann, NPD, S. 389.

<sup>77</sup> NPD-Inform, Ehemalige Nationalsozialisten in der NPD?, Nr. XI/9, 1969, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 61 II.

<sup>78</sup> APuZ, Rechtsradikalismus, S. 10.

<sup>79</sup> Hoffmann, NPD, S. 387.

stichhaltige Daten über die weibliche Basis zu erheben. Die weiblichen Mitglieder neigten nicht nur zur Zurückhaltung und Anonymität, sie wurden durch die damaligen Experten, die Forschung und nicht zuletzt durch die Partei selbst auch unsichtbar gemacht.

### 2.3. Die weibliche Parteielite

Anders sieht es hingegen bei den NPD-Kaderfrauen aus, die auf Landes- und Bundesebene Ämter innehatten;<sup>80</sup> ihre Fährte lässt sich aufspüren. Die empirischen Daten ermöglichen es auch, die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen in den Entscheidungsstrukturen zu analysieren. Die weibliche Unterrepräsentanz bestimmte das Geschlechterverhältnis im Bundesvorstand, der noch mehr als die Landes- und Kreisvorstände männlich dominiert war.<sup>81</sup> Nie wurde eine Frau in das strategisch und machtpolitisch wichtige Parteipräsidium gewählt. Dem erweiterten Vorstand gehörten im Durchschnitt lediglich eine bis zwei Frauen an – vornehmlich Gertraude Winkelvoß, Anneliese Bläsing oder Anneliese Brandes –, der Frauenanteil überstieg nur einmal knapp die 10%-Marke. Paradoxerweise sank der Frauenanteil zwischen 1964 (10,5%) und 1969 (3%),<sup>82</sup> obwohl die Zahl der Kandidatinnen für die Vorstandsposten stetig anstieg,<sup>83</sup> eben weil der Machtapparat der NPD für die Leitungspositionen bevorzugt auf Männer setzte. Die weibliche Partizipation wurde so strukturell gebremst und begrenzt. Der *Gender Gap* war zwar bedeutend, aber auch hier im Vergleich zu anderen Parteien nicht außergewöhnlich: Nur die SPD besaß zu dieser Zeit in ihrem Bundesvorstand einen Frauenanteil von über 10%. Das gleiche Missverhältnis lässt sich, wenngleich mit Schwankungen, insgesamt auch für die NPD-Landesvorstände

<sup>80</sup> Wegen der mangelhaften Quellenlage ist es bedauerlicherweise unmöglich, das Profil der NPD-Partefunktionärinnen, die 1967 auf Bundes- und Landesebene aktiv waren, prosopographisch erschöpfend auszuloten. Sämtliche soziologische Angaben wurden anhand der streng vertraulichen und manchmal lückenhaften Daten und Informationen errechnet, die das BfV in den 1960er-Jahren aus sicherheitsrelevanten Gründen zur Observation der NPD-Kader ermittelt hatte. Vgl. Personalien, Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR 320.

<sup>81</sup> Die folgenden Statistiken wurden auf der Basis der im Rahmen der NPD-Bundesparteitage von Hannover, Karlsruhe und Schwabach zwischen 1964 und 1969 gesammelten Daten errechnet. Vgl. Delegiertenmappe von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

<sup>82</sup> 1964 saßen Gertraude Winkelvoß und Anneliese Bläsing neben 17 Parteimännern im Bundesvorstand; 1966 schied Bläsing aus, Anneliese Brandes stieß zu Winkelvoß dazu. Ab 1967 und bis Februar 1970 blieb Gertraude Winkelvoß – neben 32 Männern – schließlich als einzige Frau im Bundesvorstand zurück.

<sup>83</sup> Beim Bundesparteitag in Karlsruhe 1966 hatten nur vier Frauen eine Kandidatur für den Bundesvorstand eingereicht. Im Jahr darauf waren es schon acht; vgl. Drs. 6, 4. Bundesparteitag, 14.–16. November 1969, Delegiertenmappe von Ilse Herrmann, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 14.

feststellen.<sup>84</sup> Frauen wurden von den Schlüsselpositionen ferngehalten und nahmen meist nur zweitrangige Funktionen als Beisitzerinnen, Kassenwartinnen oder Frauenreferentinnen wahr. 1967 gab es unter den 261 ParteifunktionärInnen auf Bundes- und Landesebene gerade einmal 22 Frauen (8,4%). Diese Zahlen offenbaren nicht nur die offensichtliche Unterrepräsentanz von Parteifunktionärinnen im Vergleich zur weiblichen Basis (11%), sie verdeutlichen auch die in der NPD herrschende Machtkonstellation, die Frauen nachhaltig benachteiligte. Bis auf wenige Ausnahmen wurden sie auf höherer Ebene aus den innerparteilichen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen herausgehalten und marginalisiert.

Zum sozio-professionellen Hintergrund ist interessanterweise festzustellen, dass nur ca. ein Drittel (31%) der Parteifunktionärinnen Hausfrauen waren, obwohl dieser Tätigkeitsbereich – auch von den Frauen selbst – ideologisch überhöht wurde. Mindestens die Hälfte der Parteifunktionärinnen (50%)<sup>85</sup> ging einem Beruf nach: Besonders waren sie im Dienstleistungssektor anzutreffen, wo sie als Pflegerinnen, Lehrerinnen, als technische Angestellte, Buchhalterinnen oder Sekretärinnen in der Verwaltung, als Verkäuferinnen im Einzelhandel oder Arbeitskraft in der Gastronomie beschäftigt waren. Die Erwerbstätigenquote der NPD-Kaderfrauen überstieg somit leicht den Durchschnitt der weiblichen Gesamtbevölkerung.<sup>86</sup> Diese Tatsache ist nicht sonderlich erstaunlich: Dadurch, dass die berufliche Tätigkeit Frauen ermöglichte, aus der Isolation der Privatsphäre auszubrechen, ihnen sozio-professionelle Kontakte verlieh und sie für Gruppeninteressen sensibilisierte, wirkte es sozial integrationsfördernd; die Erwerbstätigkeit garantierte ihnen eine größere Autonomie und erleichterte darüber hinaus auch ihre politische Partizipation.<sup>87</sup>

Relevant erscheint ebenfalls die Untersuchung des generationellen Gepräges der Gründungsmütter der NPD, die man anhand einer sozio-demographischen Analyse ausloten kann. Die meisten Parteifunktionärinnen (81,7%) wurden zwischen 1910 und 1940 geboren; Ausnahmen bilden hier die Hamburgerin Meta Schirrmeister (1904) oder die Niedersächsin Anneliese Brandes (1907). Einige Frauen (22,7%) stammten aus den Jahrgängen 1910 bis 1919 – so z. B. Elisabeth Stolle (1912), Käte Schmidt-Störling (1913), Gertraude Winkelvoß (1917) und Martha Kruse (1917) –, überrepräsentiert waren die Jahrgänge 1920 bis 1929. Wie die drei Baden-Württembergerinnen Charlotte Blum (1921), Elfriede Rüff (1923) oder Rosemarie Wieland (1925) stammten 45,4% der Parteifunktionärinnen aus dieser Altersklasse.<sup>88</sup> 13,6% der Frauen – Eva Happach (1934) aus Schleswig-Holstein oder

<sup>84</sup> 1967 betrug der Frauenanteil im Vorstand des West-Berliner Landesverbands 19%, in Schleswig-Holstein 15%, im Saarland 11,7% und in Niedersachsen 4%; in Rheinland-Pfalz z. B. war der Landesvorstand ausschließlich männlich. Diese errechneten Daten fußen auf dem Material, welches vom BfV erhoben wurde. Vgl. Personalien, Universitätsarchiv Jena, Niedhammer V Abt. XLVIII vl. NR 320.

<sup>85</sup> Für vier Frauen fehlen jegliche Information (18%).

<sup>86</sup> Oschmiansky/Kühl/Obermeier, Das Ende des Ernährermodells.

<sup>87</sup> Bremme, Die politische Rolle, S. 220 f.

<sup>88</sup> Diese Nationaldemokratinnen gehören in gewisser Weise zur „Flakhelfer-Generation“. Vgl. Bude, Deutsche Karrieren. Problematisch ist bei diesem Begriff gleichwohl, dass er auf männliche Lebensläufe verweist, die spezielle Lage von Frauen also ausblendet und allgemeine ge-

die Saarländerin Ellen Schmidt (1939) – sind nach 1930 geboren. Auffällig ist dabei, dass die männlichen Kader im Durchschnitt meist älter (70% waren zwischen 1900 und 1930 geboren, 2,2% sogar noch vor 1899) oder im Gegenteil sehr viel jünger waren als die weiblichen. Die jüngste Nationaldemokratin, Hermenegild Barth, war Jahrgang 1940 und die einzige Vertreterin dieser Alterskohorte; dagegen zählt man 22 Männer, die den Jahrgängen 1940–1949 entstammen, bzw. einen, der sogar nach 1950 geboren wurde, was die These einer vornehmlich männlichen Jugend der Partei bestätigt. Aus Sozialisationsperspektive lässt sich feststellen, dass 31,8% der Frauen im wilhelminischen Kaiserreich, 45,4% in der Weimarer Republik und 13,6% im „Dritten Reich“ aufgewachsen sind. Sie waren demnach allesamt Teil der „Erlebnisgeneration“,<sup>89</sup> also Teil jener Generation, die den Nationalsozialismus erlebt und nicht selten bejubelt hatte<sup>90</sup> – und den Zweiten Weltkrieg sowie die unmittelbare Nachkriegszeit überlebte. Als einschneidende und identitätsstrukturierende Urerlebnisse bildeten 1933 bzw. 1945 den „unmittelbaren Erfahrungsraum“ (Reinhart Koselleck) der NationaldemokratInnen, die in diesem Sinne eine gemeinsame „Prägungsgemeinschaft“ („communauté d’empreinte“; Marc Bloch) bildeten. Der französische Historiker Jean-Pierre Azéma erklärt, dass diese prägenden Ereignisse insofern generationelle Marker sind, als sie

„nicht nur eine ganze Epoche strukturieren, indem sie denjenigen, die sie erlebt haben, komplexe mentale Referenzrahmen verleihen [...], sondern ebenfalls nachhaltig auch eigene Verhaltensweisen sowie politische, soziale, kulturelle Praktiken hervorrufen und besondere Reflexe, Widerstände, Misstrauenshaltungen und Neigungen generieren“.<sup>91</sup>

Als „generationsgenerierende“ Ereignisse (Pierre Favre) sind sie konstitutive Wesensmerkmale der NPD. Im Diskurs, in der Praxis und im Gedächtnis der AkteurInnen sind diese zwei Zäsuren allgegenwärtig: Sie bestimmten ihr nationalistisches Selbstverständnis genauso wie ihren politischen Erwartungshorizont maßgeblich mit. Alle hatten sie als Zeuginnen die Unruhen und tiefgreifenden Umbrüche der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt; für die Älteren war die Bundesrepublik die vierte erlebte Staatsform auf deutschem Boden. Hatten sie die sogenannte „Größe“ des Reichs gekannt, so bedauerten sie jetzt die „Enge“ der Bundesrepublik. Für die meisten bildeten die Transformation der europäischen Nachkriegsordnung, die Überwindung der deutschen Teilung, die Restauration des Reichs und die Zurückeroberung der Ostgebiete die Grundkoordinaten ihres nationalistischen Engagements; die Hoffnung auf das Erreichen dieser

schlechtsspezifische Fragestellungen ausklammert. Deswegen wird hier vorzugsweise der breitere Begriff der Erlebnisgeneration verwendet, der sowohl die im „Dritten Reich“ sozialisierten Kinder und Jugendlichen als auch die erwachsene NS-Funktionselite ins Auge fasst.

<sup>89</sup> In seinem wegweisenden Werk von 1928 stellte der Soziologe Karl Mannheim bereits die identitätsstiftenden „Generationserlebnisse“ heraus. Er unterschied dabei zwischen der „Generationslagerung“, dem „Generationszusammenhang“ und der „Generationseinheit“. Vgl. Mannheim, *Das Problem der Generationen*.

<sup>90</sup> Vgl. Sternheim-Peters, *Habe ich denn allein gejubelt*.

<sup>91</sup> Vgl. Azéma, *La clef générationnelle*, S. 4.

Ziele begründete ihre Zugehörigkeit zur extremen Rechten in der Bundesrepublik.

Viele AnhängerInnen sahen in der NPD die letzte Chance, das 1945 gescheiterte politische Projekt in veränderter, den bundesrepublikanischen Umständen angepasster Form, d. h. in Form eines „angepassten Faschismus“ (Lutz Niethammer) doch noch umzusetzen. Ihr rechtsextremes Engagement in Westdeutschland stand in der Kontinuität zu ihrer politisch-ideologischen Laufbahn von vor 1945. Nur die wenigsten NPD-Funktionärinnen waren politische Neulinge, die meisten waren „Postfaschistinnen“, sprich Postnazistinnen.<sup>92</sup> 18,1% der Partefunktionärinnen waren Mitglied der NSDAP gewesen; ihr Anteil lag somit unter dem Durchschnitt auf Bundes- und Landesebene (33,3%). Im Bundesvorstand waren die ehemaligen NationalsozialistInnen besonders überrepräsentiert (68%), darunter zählte man auch zahlreiche „alte Kämpfer“, die wie die stellvertretenden Vorsitzenden Heinrich Faßbender und Wilhelm Gutmann bereits vor 1933 der Partei beigetreten waren. Die NPD-Frauen – Gertraude Winkelvoß (1938), Anneliese Bläsing (1941), Anneliese Nadig (1941) und Waltraut Schnoor (1941) –, die altersbedingt erst später in die nazistische Partei eingetreten waren, konnten, weil die NSDAP den Frauen außerhalb der für sie vorgesehenen weiblichen Strukturen politische Ämter verweigerte, im Nationalsozialismus auch weniger als ihre männlichen „Parteigenossen“ politisch partizipieren, geschweige denn als Funktionselite Karriere machen. Sie waren in diesem Sinne weniger vorbelastet als die NPD-Männer.<sup>93</sup>

Dahingegen waren paradoxe Weise, den Proportionen nach, mehr NPD-Frauen als -Männer in der extremen Rechten nach 1945 aktiv gewesen. Mindestens 50% der weiblichen Funktionärinnen (gegen 28% der männlichen) waren zuvor oder gleichzeitig Mitglied einer extremistischen Partei oder Organisation in der Bundesrepublik: Acht Frauen, darunter Gertraude Winkelvoß, Helga Schulz, Hermenegild Barth und Martha Kruse, stammten aus der DRP; die Niedersächsin Elisabeth Stolle war vor der DRP auch SRP-Mitglied gewesen. Eva-Maria von Wolzogen aus Hessen brachte sich neben der NPD sowohl in der Aktion Oder-Neiße als auch im DKEG ein, in dem auch Anneliese Nadig (ebenfalls GfP-Mitglied), Eva-Maria von Wolzogen und Ellen Schmidt aktiv waren. Hermenegild Barth gehörte dem auf die Nachwuchspflege spezialisierten Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) an. Nur zwei Frauen (9%) hatten sich vor ihrem Eintritt in die NPD in keiner Organisation

<sup>92</sup> Lutz Niethammer benutzt zur Charakterisierung der NPD-Gründungsgeneration den Begriff „postfaschistisch“, um diejenigen zu benennen, die nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Erfahrung des historischen „Faschismus“ auch nach dem Krieg rechtsextremistisch blieben. Vgl. Niethammer, Angepaßter Faschismus.

<sup>93</sup> Einige Nationaldemokraten konnten tatsächlich eine beachtliche Karriere im Nationalsozialismus vorweisen: Otto Heß, der NPD-Propagandabeauftragte, war sowohl Obersturmbannführer der SA, Kreisleiter und Gauinspektor gewesen. Waldemar Schütz, Herausgeber der „Deutschen Nachrichten“, war HJ-Mitglied und späterer Hauptsturmführer der SS. Es gibt viele weitere Beispiele der nationalsozialistischen Verstrickung von NPD-Akteuren. Vgl. Der Spiegel, Nr. 15, 1966, S. 33 ff.

oder Partei betätigt.<sup>94</sup> Für viele Frauen stellte der Aktivismus in der NPD somit nur einen Teil des extremistischen „Kampfes“ dar, den sie, um Breitenwirkung zu erreichen, auf vielerlei Feldern, sowohl innerhalb der rechtsextremen Netzwerke als auch in der Zivilgesellschaft<sup>95</sup> sowie in der Politik, austrugen. Daraus lässt sich erstens schließen, dass der weibliche Eintritt in die Politik das extremistische Engagement im vorpolitischen Raum anscheinend oft voraussetzte; und zweitens, dass die personelle und strukturelle Kontinuität in der extremen Rechten auch entscheidend auf dem Aktivismus der Frauen beruhte. Gerade diese Aktions- und Gesinnungspermanenz bei den AkteurInnen unterschied die NPD von den anderen westdeutschen Parteien, die die braune Vergangenheit ihrer AnhängerInnen eher zu verbergen suchten.<sup>96</sup> Sie schien die rechtsextreme Belastung ihrer Funktionselite geradezu als Gütesiegel und Selektionskriterium, als Zeichen ihrer politischen und ideologischen Kompetenz zu handhaben: Je höher die Partieebene, desto belasteter das Personal; je belasteter die Kader, desto höher waren auch ihre Aufstiegschancen in der Partei. Diesen Tatbestand bestätigen auch die individuellen und politischen Werdegänge der Nationaldemokratinnen.

## 2.4. Biographische Verläufe von NPD-Gründungsmüttern

Es ist kein leichtes Unterfangen, die Biographien von Nationaldemokratinnen zu rekonstruieren, denn selbst das Ausfindigmachen von elementaren Informationen wie Lebensdaten, Mädchenname, Sozialisationsmilieu oder sozio-professioneller Kontext erweist sich häufig als Sisyphusarbeit. Kindheit, Jugend und politischer Werdegang vor dem NPD-Eintritt bleiben uns meist verborgen. Für viele NPD-Frauen ist die Partei nur eine Durchgangsstation: Sie treten in die Partei ein, bringen sich dort eine Zeit lang teilweise aktiv ein und verlassen sie dann wieder, ohne Spuren zu hinterlassen. Diese Quellendürftigkeit wird zudem dadurch verstärkt, dass auch die extreme Rechte – allen voran die NPD – keine gefestigte Archivie-

<sup>94</sup> Leider fehlen diese einschlägigen Informationen für acht Frauen und 80 Männer der Parteielite.

<sup>95</sup> Die Unterwanderung zivilgesellschaftlicher Vereinigungen gehörte zu den strategischen Zielsetzungen der NPD: „Der Parteivorstand forderte zur planmäßigen Infiltration von Vereinigungen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, von Vertriebenen-, Traditionen- und karitativen Verbänden sowie von mittelständischen Interessengruppen auf. Die Parteaktivisten sollen in ihren Vereinen unauffällig für die NPD werben und sich dort möglichst in die Vorstände wählen lassen.“ Vgl. NPD, Rundschreiben Nr. 15/65, 2. 12. 1965, zitiert in APuZ, Rechtsradikalismus, S. 8. Dementsprechend war Gertraude Winkelvoß etwa Mitglied im Deutschen Roten Kreuz, im Kinderschutzbund, im Bund der Vertriebenen und im Frauenring.

<sup>96</sup> In den letzten Jahrzehnten wurde zum Themenkomplex der Entnazifizierung und Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten in das junge bundesrepublikanische Staatswesen (Ministerien, Gerichte, Polizei und Sicherheit, Armee, Gesundheitswesen usw.) eine vielfältige Forschung betrieben. Vgl. Bösch/Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung; Conze, Das Amt; Herbert, Rückkehr in die Bürgerlichkeit; Frei, Karrieren im Zwielicht.

rungstradition aufweist: Sie betreibt ihre eigene Gedächtnisarbeit nur sehr mangelhaft, bewahrt ihre Quellen verstreut auf, gewährt den ForscherInnen keinen Zugang zu ihrem Material und ver macht es auch den öffentlichen Archiven meistens nicht aus freien Stücken. Die folgenden Frauenporträts, die jeweils einen nationaldemokratischen „Frauentypus“ umreißen sollen, sind ebenfalls defizitär und lückenhaft, aber dennoch relevant, weil sie die Heterogenität der weiblichen NPD-Gründungsgeneration veranschaulichen. Auch wenn die politischen Auffassungen dieser Akteurinnen in der Bonner Republik zu konvergieren schienen, so offenbart ihr Werdegang vor und nach 1945 auch sichtbare Unterschiede.

Zu den herausragenden Gestalten der 1960er-Jahre zählt Gertraude Winkelvoß (1917–1982), geborene Pennewiß. Sie wurde am 18. Februar 1917 in Prettin (Kreis Torgau) geboren und verbrachte, weil ihr Vater als Pfarrer und Superintendent nach Miliitsch (Kreis Breslau) berufen wurde, ihre Kindheit und Jugend in Schlesien, wo sie das Gymnasium besuchte.<sup>97</sup> Im Jugendalter bereits nationalsozialistisch eingestellt, war sie erst BDM-Mitglied, ab 18 Jahren dann in der Organisation „Glaube und Schönheit“ aktiv, nahm nebenbei regelmäßig an den Treffen des Vereins für das Deutschtum im Ausland teil und trat 1938 der NSDAP bei. Nach dem Abitur, das sie 1936 als einziges Mädchen ihrer Klasse abschloss, meldete sie sich freiwillig zum Reichsarbeitsdienst, ließ sich daraufhin in Marburg zur Krankengymnastin ausbilden und arbeitete ab 1938 für einige Monate in einem Magdeburger Militärkrankenhaus. 1939 heiratete sie den Juristen Reimer Winkelvoß, der ihr anscheinend auch gesinnungsmäßig nahestand, bewertete er doch das nationalsozialistische Deutschland, allen seinen Verbrechen zum Trotz, als national „rehabilitiertes“ und „glückliches“ Land:

„So läßt sich auch erklären, daß wir es hinnahmen, wenn man mit denen, die dieses Glück stören wollten, hart verfuhr. Was mit den Juden geschah [,] anfangs lediglich die Entfernung aus wichtigen Ämtern und Positionen und das Verbot gemischter Ehen – ließ uns auch nicht irre werden an dem Vertrauen zum „Führer“ und an der Freude über den von ihm bewirkten „Aufbruch der Nation“. Von den späteren Judenmassakern wußten wir nichts. – Soviel zu diesem Thema.“<sup>98</sup>

Den Krieg verbrachte Reimer Winkelvoß als Soldat an der Front in Polen, Frankreich und der Sowjetunion, während seine Ehefrau von 1939 bis 1943 in Magdeburg als Krankenhauspflegerin tätig war. Ab 1943 wurde sie als Lagerführerin im RAD-Lager in Groß Rhüden in der Harzregion eingesetzt, wo sie mit der nationalsozialistischen Ausbildung von Mädchen betraut war. Sie zog anschließend wieder nach Magdeburg. Beim Anrücken der Roten Armee floh sie mit ihren vier Kindern gen Westen und ließ sich im November 1945 mit ihrem Ehemann, der sich nach einer kurzen Internierungszeit in einem amerikanischen Gefangenengelager in Frankreich nach Westdeutschland hatte absetzen können, im niedersächsischen Fredelsloh nieder.<sup>99</sup> Nach dem Krieg erteilten die Behörden ihrem Mann wegen

<sup>97</sup> Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 25, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

<sup>98</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 35.

seiner Vorbelastung ein Berufsverbot und schlossen ihn und seine Familie von jeglichen Sozialleistungen aus, sodass Gertraude Winkelvoß allein für ihre Familie aufkommen musste. Ab Mitte der 1950er-Jahre fanden beide allmählich in die soziale Normalität zurück: Während er als Richter an den Verwaltungsgerichten Oldenburg (ab 1954) und Lüneburg (ab 1964) beschäftigt war, blieb sie bis 1972 Hausfrau, nahm dann – nach ihrem Ausscheiden aus der NPD – ihren Beruf als Krankengymnastin erneut auf, musste diesen aber krankheitsbedingt 1974 wieder aufgeben. Das Ehepaar Winkelvoß zählt somit zu denjenigen Deutschen, die als überzeugte NSDAP-Anhänger in der Ära Adenauer gesellschaftlich rehabilitiert, staatlich re-integriert wurden und die nach einer anfänglich prekären Phase in der Bundesrepublik dann relativ schnell eine komfortable Stellung zurücklangten, ohne allerdings ihre politischen Überzeugungen abzulegen. Reimer Winkelvoß durfte als Staatsbeamter keiner rechtsextremen Partei angehören; Gertraude Winkelvoß hingegen trat Anfang der 1960er-Jahre in die DRP und 1964 in die NPD ein, in der sie als Multifunktionärin vielfältige Aufgaben übernahm: Sie war Mitglied im Bundesvorstand (1964–1972), Bundesfrauenreferentin (1964–1972), Vorsitzende des KV Lüneburg (1965–1967) und Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags (1967–1970), ein Amt, das sie als „Krönung ihrer politischen Aktivität“ betrachtete.<sup>100</sup> Vom verpassten NPD-Einzug in den Bundestag 1969 zutiefst erschüttert, verließ sie 1972 die Partei und zog sich aus der Politik zurück. Sie verstarb am 5. März 1982.

Angesichts ihrer Biographie, ihrer Erfahrungen und Ideale scheint Gertraude Winkelvoß die Erlebnisgeneration, welche die NPD in den 1960er-Jahren aufbaute, schlechthin zu verkörpern. Als überzeugte Nationalsozialistin und Schlesierin, die sich diesem vormals deutschen Territorium noch verbunden fühlte, als vor der Roten Armee Geflüchtete und „Opfer“ der „nationalen Erniedrigung“ erschien sie, durch ihre eigene Geschichte, geradezu disponiert zur fundamentalen Ablehnung der neuen, von den Alliierten durchgesetzten Ordnung auf deutschem Boden. Die Verklärung des Deutschen Reichs und der Restaurationswillen standen als Triebkräfte im Zentrum ihres 15 Jahre währenden politischen Aktivismus. Darüber hinaus erscheint es plausibel, dass die Kriegs- und Nachkriegserfahrung, ungetacht des immensen Leids und der unbeschreiblichen Gräuel, für sie auch einen Autonomisierungs-, wenn nicht sogar einen Emanzipationsfaktor darstellte.<sup>101</sup> Wie viele Frauen ihrer Generation musste auch sie einen Konflikt zwischen weiblichen Traditionsansprüchen, Versorgungsnoten und ihren eigenen emanzipatorischen Ansprüchen bewältigen und aushandeln. Durch das materielle und überlebenswichtige Aufkommen für ihre Familie in der unmittelbaren Nachkriegszeit war sie repräsentativ für jene Frauen, die sich kriegsbedingt im Männer entbeh-

<sup>100</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>101</sup> Die Frage der emanzipationsfördernden Kriege wurde lange Zeit kontrovers diskutiert. Zu den historiographischen Debatten in der Weltkriegsforschung vgl. bspw. Thébaud, Penser la guerre.

renden Nachkriegsdeutschland gezwungen sahen, die „Rolle des Jahrhunderts“<sup>102</sup> zu übernehmen. Es war eine Rolle, die ihren Erfahrungsraum stark determinierte, aber gleichzeitig auch ihren Erwartungshorizont und ihr Verhältnis zur Politik mitbestimmte.

Trotz der vielfältigen Bemühungen von Reimer Winkelvoß, die Erinnerung an seine Frau auch nach ihrem Tode wach zu halten, ist ihr politisches Nachleben eher begrenzt. Manche ZeitgenossInnen und WeggefährtInnen lobten in ihren Nachrufen ihre „Offenheit“, „Güte“ und „Unverzagtheit“ oder drückten wie die Nationaldemokratin Holle Grimm ihre Bewunderung aus:

„Ich bin dankbar [...] unsere verehrte und bewunderte Gertraude Winkelvoß gekannt zu haben. Ich kannte sie doch als unglaublich tätig, energisch, temperamentvoll, als großartige Organisatorin. Sie verstand sich durchzusetzen und auf diese Weise viel von ihrer Kraft und ihren Idealen auf andere zu übertragen.“<sup>103</sup>

Der Nachruf ihrer einstigen Partei war seinerseits eher verhalten:

„Frau Winkelvoß war vor allem unseren alten Parteifreunden als langjähriges Mitglied des Parteivorstands und auch als Mitglied des niedersächsischen Landtags bestens bekannt. Sie hat sich um den Aufbau unserer Partei in den 60er Jahren als unermüdliche Aktivistin erwiesen und um die Partei verdient gemacht. Das ehrende Andenken all derer, die sie in jener Zeit erlebten, ist ihr sicher. Den Angehörigen gehört unsere Anteilnahme.“<sup>104</sup>

Bei ihrem Austritt aus der Partei 1972 hatte sie selbst mit der Ächtung ihrer Parteifreunde gerechnet; ihre Befürchtung, aus dem Parteidächtnis getilgt zu werden, formulierte sie in einem Brief an den Vorsitzenden des niedersächsischen Landesverbands, Herbold Große-Endebrock:

„In der Hoffnung, daß es einigen Freunden gelingen wird, meinen Namen – trotz der Streichung aus der Parteiliste – nicht völlig in der Reihe derer zu löschen, denen es um die Sache geht.“<sup>105</sup>

Diese Vorahnung war durchaus berechtigt. In den retrospektiven Veröffentlichungen der NPD findet sie keine Erwähnung. Auch die Nationaldemokratinnen kommemorieren sie nicht, was auch davon zeugt, dass in den Rängen der NPD – sowie in der extremen Rechten allgemein – eine regelrechte weibliche Amnesie herrscht: Es ist weder eine weibliche Kontinuität noch ein Gedächtnis, geschweige denn eine Tradition oder ein Erbe vorhanden, das die Frauen generationsübergreifend miteinander verbinden könnte.<sup>106</sup> Das Gleiche gilt, vielleicht in weniger extremem Ausmaß, für die drei folgenden NPD-Frauen.

<sup>102</sup> Vgl. Cornelissen, Politische Partizipation, S. 324.

<sup>103</sup> Vgl. Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 20, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

<sup>104</sup> Deutsche Stimme, Nr. 4, 1982, S. 3.

<sup>105</sup> Brief von Getraude Winkelvoß an Herbold Große-Endebrock, 9. 1. 1972, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>106</sup> Das nicht vorhandene Überlieferungsbewusstsein bei den Akteurinnen und deren damit einhergehende Traditionslosigkeit gehören zu den Hauptherausforderungen, mit denen sich die historische Frauen- und Geschlechterforschung konfrontiert sieht. Das gilt für die Frauenbewegung genauso wie für die „nationale Opposition“. Vgl. Farge, Pratique et effets, S. 20 ff.; Nadia Fahmy-Eid, L'histoire des femmes, S. 23 f.

Die Baronin Helene von Watter (1895–1972) wurde am 21. April 1895 in eine preußische, in Pommern ansässige Adelsfamilie hineingeboren. Nach dem Abitur machte sie eine Ausbildung zur Pflegerin, nahm anschließend ein Medizinstudium auf, das sie 1923 mit der Promotion abschloss. Sie ließ sich daraufhin in Potsdam als Ärztin nieder; nach dem Zweiten Weltkrieg verschlug es sie nach Köln. Bis 1933 war sie nebenbei in mehreren öffentlichen Gremien wie dem Preußischen Landesgesundheitsrat Mitglied und widmete sich neben ihrem Beruf sehr früh auch der Politik. Seit ihrer Jugend stand sie den national-konservativen und monarchistischen Zirkeln nahe, die sie in der Weimarer Republik auch als DNVP-Abgeordnete zwischen 1923 und 1933 im Preußischen Landtag vertrat. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zog sich die Baronin aus dem politischen Geschäft zurück und kehrte erst nach 1949 in die Politik zurück. Sie blieb auch in der Bundesrepublik ihren Überzeugungen und dem Monarchistenbund treu und kandidierte bei Bundestagswahlen mehrmals gegen die CDU für national-konservative Kräfte: 1949 auf der Liste der DKP-DRP und 1961 für die GDP, ehe sie zur DP übertrat. Wahrscheinlich folgte sie den Anweisungen ihres Parteichefs Friedrich Thielen, als sie 1965 in die nordrhein-westfälische NPD eintrat und sich dort als Landesvorstandsmitglied (1966), Rednerin, Frauenreferentin und Kandidatin (Bundestagswahl 1969) einbrachte. Sie verstarb 1972.<sup>107</sup> In Anbetracht ihrer sozialen und politischen Herkunft stand ihr nationaldemokratisches Engagement in der Bundesrepublik in der Kontinuität zu ihrer Tätigkeit in den nationalistisch-monarchistischen Kreisen der Vor- und Nachkriegszeit. Vom Nationalsozialismus hatte sie sich ferngehalten. Für Anneliese Bläsing hingegen, mit der sie in den Parteigremien verkehrte, war der positive Bezug zum „Dritten Reich“ ein entscheidender Motivationsfaktor für den NPD-Eintritt.

Die am 2. Juni 1923 im hessischen Malsfeld geborene Anneliese Bläsing (1923–1996) verbrachte ihre Jugend im BDM und trat am 1. September 1941 mit 18 Jahren in die NSDAP ein. Nach der Volksschule absolvierte sie eine kaufmännische Lehre (1937–1939) und war danach als kaufmännische Angestellte und Sekretärin in der Großindustrie (ab 1940) tätig. Nach dem Krieg stellte sie sich in den Dienst des Parlamentarismus und arbeitete zwischen 1953 und 1957 als Sekretärin für den FDP-Abgeordneten August-Martin Euler im Deutschen Bundestag.<sup>108</sup> In diesem Rahmen lernte sie vermutlich den nationalkonservativen Bundestagsabgeordneten Heinrich Faßbender kennen, den sie ab Ende der 1950er-Jahre auf seinem politischen Weg und auch später in der NPD stets begleitete. Ob bei Parteisitzungen oder Wahlveranstaltungen, nie trat Anneliese Bläsing ohne ihren Mentor auf. Wie Faßbender wohnte sie der Versammlung bei, die am 28. November 1964 die NPD-Gründung beschloss; wie er war sie gleichzeitig Mitglied im Bundesvorstand (1965) und im hessischen Landesvorstand, den er leitete und dessen Frauenreferat sie übernahm; wie er wurde sie 1966 Abgeordnete des Hessischen Landtags; wie

<sup>107</sup> Nationalpolitische Studien, Nr. 8, 1972, S. 15.

<sup>108</sup> Informationsbulletin – Länder der Bundesrepublik, 23/66/1, in: BStU, MfS ZAIG 9808, S. 19.

er verließ sie 1970 schließlich die Partei. Es kann davon ausgegangen werden, dass Faßbender durch sein Alter, seine Erfahrung und seine politische Stellung einen nicht unerheblichen Einfluss auf sie ausübt und dass deren berufliche, politische – und vielleicht auch private – Verflechtungen ihre Tätigkeit und Laufbahn in der Partei wesentlich mitbestimmten.<sup>109</sup> Obwohl sie für ihre rigoros nationalistischen Überzeugungen bekannt war, kehrte sie nach dem Tod Faßbenders 1972 nicht in die Politik zurück. Letztendlich verweilte sie recht kurz in der extremen Rechten der Bundesrepublik, was sie von ihrer Parteifreundin Martha Kruse grundlegend unterschied, die ihre politische Karriere über Jahrzehnte hinweg bis zu ihrem Tod in der NPD absolvierte.

Martha Kruse wurde am 8. Dezember 1917 (1917–2001) geboren und wuchs in Schwerte am östlichen Rand des Ruhrgebiets auf, wo sie zwischen 1935 und 1938 eine kaufmännische Ausbildung machte und daraufhin einige Monate im RAD verbrachte, bevor sie ab 1941 eine Anstellung als Sekretärin fand. Nach ihrer Heirat siedelte sie mit ihrem Ehemann nach Bremen über und zog sich aus dem Erwerbsleben zurück, um sich als Hausfrau um ihre fünf Kinder zu kümmern, was sie nicht davon abhielt, sich auf lokaler Ebene im öffentlichen Leben einzubringen. Ab 1949 war sie etwa Beisitzerin im Landesausgleichsamt, das für die materielle Entschädigung der Kriegsopfer zuständig war, und nahm ebenfalls in zivilgesellschaftlichen Verbänden und Vereinen leitende Positionen ein: 1961 war sie Vorsitzende des Familienhilfswerks Niedersachsen-Bremen und leitete ab 1966 auch den Deutschen Familienverband sowie den Bund der kinderreichen und jungen Familien Deutschlands auf regionaler Ebene. Sie stand zudem bis zuletzt dem ökologisch-reaktionären Weltbund zum Schutz des Lebens nah. Somit widmete sie sich vor allem der Familienpolitik, die sie sowohl in der DRP (ab 1957) als auch in der NPD (ab 1964) mitgestaltete. Obwohl sie bis zu ihrem Tod 2001 Mitglied blieb, war sie nur zeitweise in der Partei aktiv. Als Mitglied des bremischen Landesvorstands, in dem sie mit dem Frauenreferat betraut war, wurde sie als NPD-Kandidatin aufgestellt und zog 1967 für eine Legislaturperiode als Abgeordnete in die Bremische Bürgerschaft ein. Sie kandidierte anschließend auch bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972, hielt sich dann eine Zeit lang abseits von der Politik und erschien erst in den 1980er-Jahren wieder auf der nationaldemokratischen Bühne: 1980 kandidierte sie für die Bundestagswahl, 1984 für das Europäische Parlament. Sie übernahm in diesem Jahrzehnt auch wieder vielfältige Funktionen in der Partei, als Landesvorstandsmitglied in Bremen und in Bayern (ab 1992) sowie als Beisitzerin im Bundesvorstand (1987 und 1993).<sup>110</sup> Trotz ihrer langjährigen politischen Aktivitäten – sie war immerhin über 35 Jahre Parteimitglied – und ihrer parlamentarischen Tätigkeit kann sie insgesamt und im Vergleich zu anderen Nationaldemokratinnen als zweitrangige Parteifunktionärin betrachtet werden.

<sup>109</sup> Biografische Angaben zu Anneliese Bläsing, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII v.l. NR. 316.

<sup>110</sup> Biografische Angaben zu Martha Kruse ebenda; Blick nach Rechts, Nr. 21, 1992, S. 5; DN, 6. 10. 1972, Nr. 40/1972, S. 8.

Mit ihren sehr unterschiedlichen Lebenswegen stehen die hier vorgestellten Nationaldemokratinnen für die Vielfalt der weiblichen Gründungsgeneration. Neben den geographischen, sozialen (Adel, Mittelstand und Unterschicht) und beruflichen (Ärztin, Krankengymnastin, Sekretärin, Hausfrau) Disparitäten fallen auch die generationellen und politischen Unterschiede auf: Eine Nationaldemokratin wurde im wilhelminischen Kaiserreich (von Watter), zwei in der Weimarer Republik (Winkelvoß, Kruse) und die letzte im „Dritten Reich“ (Bläsing) sozialisiert; die auseinanderklaffenden Erfahrungsräume wirkten sich anscheinend unterschiedlich auf ihre unmittelbare politische Positionierung aus. Alle vier waren sie Verfechterinnen des politischen Nationalismus vor 1945, doch verschrieben sie sich zum Teil unterschiedlichen Parteien und Regimes (Monarchismus/DNVP bei von Watter, Nationalsozialismus und NSDAP bei Winkelvoß und Bläsing). Kruse blieb bis 1945 politisch abstinenter, engagierte sich dann aber umso länger im politischen Rechtsextremismus der Bundesrepublik, während sich die drei anderen in diesem nicht sehr lange aufhielten. Auch wenn die Intensität und Langlebigkeit sowie der ideologische Fokus ihrer politischen Aktivität (nationalistischer Monarchismus, Nationalkonservatismus, Nationalsozialismus) variierten möchten, identifizierten sich alle Akteurinnen mit der NPD der 1960er-Jahre. Die Partei war somit in der Lage, sehr unterschiedliche Persönlichkeiten, Strömungen, Interessen, Sehnsüchte und Standpunkte hinter sich zu sammeln. Diese Kompromissfähigkeit ermöglichte es ihr, alle konkurrierenden Parteien im nationalistischen Lager zu verdrängen und sich in diesem Jahrzehnt als Zugpferd der extremen Rechten zu profilieren.

## 2.5. „Hilfsarbeiterinnen gesucht“: Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche der Nationaldemokratinnen

Den innerparteilichen Machtverhältnissen entsprechend wurde die politische Praxis der NPD-Frauen, wie in den anderen Parteien auch, durch eine klassische Rollen- und Funktionsverteilung bestimmt: Den Parteimännern oblagen die prestigeträchtigen und aufwertenden Leitungs-, Entscheidungs- und öffentlichkeitswirksamen Repräsentationsfunktionen, während die Frauen im Hintergrund eher begleitend-unterstützende, *ergo* weniger sichtbare – obwohl unabdingbare – Verwaltungsaufgaben übernahmen. In Ausnahmefällen konnten Frauen als Vorstandsmitglieder auch in den höheren Partieiebenen mitmischen: Das betraf sowohl die drei zwischen 1964 und 1969 in den Bundesvorstand gewählten Frauen<sup>111</sup> als auch die zwanzig Parteifunktionärinnen,<sup>112</sup> die vornehmlich als Beisitzerinnen, Kassenwartinnen oder Frauen- und Familienreferentinnen

<sup>111</sup> Dies betrifft Anneliese Bläsing, Anneliese Brandes und Gertraude Winkelvoß.

<sup>112</sup> Zu erwähnen sind u. a. Eva-Maria von Wolzogen und Anneliese Bläsing im LV Hessen, Erika Moser und Martha Kruse in Bremen, Elisabeth Stolle in Niedersachsen, Irmgard Rasche in Nordrhein-Westfalen oder Gudrun Dörfel in Bayern.

nen in die Landesvorstände gewählt und mit spezifisch „weiblichen“, d. h. mit von der Parteileitung als zweitrangig erachteten Aufgaben betraut wurden.

Auf der unteren Ebene, in den Kreisverbänden, hatten Frauen meist vergleichbar untergeordnete Funktionen inne, obschon ihnen mitunter mehr Handlungsspielräume eingeräumt wurden, umso mehr, wenn sie wie Gertraude Winkelvoß (Lüneburg), Eva-Maria von Wolzogen (Offenbach), Anneliese Brandes (Osterode) oder Eva Happach (Lübeck) KV-Vorsitzende waren und den lokalen Verbandsalltag eigenverantwortlich bestimmten. Sie dienten als Brücke zur Basis und gewährleisteten neben der internen Kommunikation auch die Öffentlichkeitsarbeit und den Aktivismus ihrer KV-Mitglieder. Sie sorgten vor allem in Wahlkampfzeiten dafür, dass die politische Botschaft der Partei durch Kundgebungen oder Flugblattaktionen auch in die abgelegensten Stadtviertel und in ländliche Regionen hineingetragen wurde. Eva Happach z. B., die seit 1966 als KV-Vorsitzende in Lübeck amtierte, führte im Vorfeld zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1967 zahlreiche Stammtischabende, 13 Großversammlungen, zwei Flugblatt- und mehrere Autokorso-Aktionen in Lübeck durch.<sup>113</sup> Der Aktivismus verhalf der Partei in diesem Bundesland zwar nicht zum unmittelbaren Durchbruch, doch fungierte er als politisch-propagandistischer Treibriemen. Auf lokaler und regionaler Ebene war er deswegen absolut unentbehrlich und wurde auch entsprechend gewürdigt;<sup>114</sup> gleichwohl gehörte Eva Happach in Anbetracht ihrer herausgehobenen Stellung und Gestaltungsmacht eher zu den Sonderfällen.

Für gewöhnlich wurden die Frauen innerparteilich, wie es Gertrud Neumann aus dem KV Ludwigsburg in den 1980er-Jahren retrospektiv schilderte, konkret als „Hilfsarbeiterinnen“<sup>115</sup> – Stenotypistinnen, Buchhalterinnen, Sekretärinnen – betrachtet;<sup>116</sup> ihnen wurde die ‚unpolitische‘ Verwaltungsarbeit zugewiesen. Wie Irmgard Busse in Nordrhein-Westfalen, Ilse Herrmann in Bayern oder Waltraut Schnoor in Schleswig-Holstein verrichteten viele Parteifunktionärinnen im Auftrag ihrer Landesvorstände neben der politischen Arbeit auch praktische, als typisch weiblich ausgewiesene Sekretariatsaufgaben (etwa Korrespondenz, Protokollierung von Sitzungen, Materialbestellungen, Buchhaltung und Terminplanung). Sie unterstützten ihre männlichen Parteifreunde auch bei der logistischen Organisation großer Veranstaltungen. Bei den NPD-Parteitagen von Hannover, Karlsruhe und Schwabach z. B. kümmerten sich Frauen um die Saalreservierung und -ausschmückung; sie spielten aber in deren Ablauf keine nennenswerte Rolle. So waren zwar weibliche Delegierte mit Stimmrecht zu den Parteitagen zugelassen, das Wort wurde aber allein den männlichen Delegierten erteilt. Auch wenn Ger-

<sup>113</sup> DN, 28. 7. 1967, Nr. 30/1967, S. 11; DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 14.

<sup>114</sup> DN, 21. 2. 1969, Nr. 8/1969, S. 14.

<sup>115</sup> Die weiblichen Hilfsarbeiter, in: Knabe (Hrsg.), 20 Jahre NPD, S. 16.

<sup>116</sup> Ab 1968 veröffentlichte die DN unzählige an Frauen gerichtete Kleinanzeigen, wie etwa die folgende: „Wir suchen Mitarbeiterinnen! Für die Erweiterung der Dienststelle des Parteivorstandes suchen wir für sofort 2 Sekretärinnen, 2 Steno-Kontoristinnen, 1 Buchhalterin. Bewerbungen bitte richten an den Parteivorstand der NPD – 3 Hannover 1 – Postfach 4303.“ DN, 28. 6. 1968, Nr. 26/1968, S. 12.

traude Winkelvoß 1967 in Hannover das Privileg genoss, oben auf der Tribüne neben den Parteigrößen sitzen zu dürfen und die junge bayerische Nationaldemokratin Sigrun Jobst die Präambel des gerade verabschiedeten Parteiprogramms „feierlich“ verlesen durfte,<sup>117</sup> so war es schier undenkbar, einer Partefunktionärin bei einem solchen Anlass zu gestatten, im Rampenlicht zu stehen und eine Rede zu halten. Sie fungierten lediglich als weibliche Aushängeschilder, als dekoratives Beiwerk in einem männlichen Machtraum.

Die auferlegte Zurückhaltung der Frauen, die einer regelrechten Zurückdrängung gleichkam, wurde noch dadurch verstärkt, dass die NPD-Leitung das öffentliche Auftreten und Sprechen der PartefunktionärInnen scharf kontrollierte. Das galt vor allem für die Veranstaltungen, die besonders in Wahlkampagnen tagtäglich zu Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Finanzierungszwecken in Gasthäusern und Dorfhallen abgehalten wurden. Für deren Ablauf gab der NPD-Propagandachef Walter Seetzen verbindliche Richtlinien vor,<sup>118</sup> die in ihrer dirigistischen Ausformung wenig Raum für Spontaneität und Eigeninitiative übrigließen und somit auch sehr eindringlich die Vertikalität der Machtausübung darlegten. Aus Furcht, durch Dilettantismus, Skandale oder Entgleisungen in der Öffentlichkeit den Parteiaufstieg zu gefährden, zwang die NPD-Leitung ihre FunktionärInnen in ein diskursives Korsett, das u. a. von Musterreden bestimmt war.<sup>119</sup> Sie wählte die ParteirednerInnen mit Umsicht aus und prüfte den Inhalt der Vorträge.<sup>120</sup> In einem Brief an Adolf von Thadden beklagte Gertraude Winkelvoß diese als willkürlich empfundene Zensurpraxis der Parteileitung,<sup>121</sup> einerseits aus verletztem Stolz, andererseits aber auch, weil sich jene sehr negativ auf die politische Beteiligung von Frauen auswirkte. Der Schritt in die Öffentlichkeit fiel ihnen grundsätzlich schwerer als den Männern, weil ihre Hemmschwelle traditions- und sozialisationsbedingt höher war; die strenge Kontrolle der Partei verstärkte zusätzlich die weibliche Zögerlichkeit. Mit dem Willen, jene zu überwinden, rief die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß die Parteifrauen zu mehr Wagemut und Öffentlichkeitspräsenz auf:

„Noch eine Aufforderung: Bewerben Sie sich um Rednerausweise bei Ihren Landesverbänden. Wagen Sie den Schritt in die Öffentlichkeit. Jeder lernt – und die Wahrheit steht an unserer Seite.“<sup>122</sup>

*De facto* hatten nur wenige Nationaldemokratinnen einen solchen Rednerausweis. 1965 zählte man unter den 221 zugelassenen RednerInnen nur fünf Frauen, später

<sup>117</sup> DN, 17. 11. 1967, Nr. 46/1967, S. 1.

<sup>118</sup> NPD, *Zehn Gesetze zur Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen*, o. D., in: IfZ München, ED 704/1 NPD.

<sup>119</sup> Einige Musterreden finden sich abgedruckt in: Kühnl, NPD, S. 234 ff.

<sup>120</sup> „Der Einsatz [der Landesredner] erfolgt nur über die Landesgeschäftsstelle.“ Brief von Fritz May an die Mitglieder, 1. 4. 1969, in: IfZ München, ED 704/10.

<sup>121</sup> „[Ich möchte mich nicht eitel durch] willkürlich zusammengestrichene Referate [präsentiert sehen].“ Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden, 9. 2. 1967, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>122</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an die Mitglieder, 12. 1. 1967, in: ebenda.

waren es zwölf;<sup>123</sup> sie überschritten diese Zahl bis 1969 aber nicht.<sup>124</sup> Auch wenn ihre Anzahl sehr niedrig war, so fällt auf, dass die Häufigkeit der weiblichen Auftritte ab 1966 stark zunahm. Anneliese Bläsing z. B., die zu der Zeit für den Hessischen Landtag kandidierte, trat in dem Jahr 25 Mal bei Parteiveranstaltungen auf. Nach dem Einzug ins Parlament setzte sie ihre Rednerinnentätigkeit fort und unterstützte die NPD-Wahlkämpfe in den anderen Bundesländern: Zwischen März und April 1967 begleitete sie Heinrich Faßbender bei einer politischen Rundreise durch Rheinland-Pfalz, die von Langen nach Mainz über Heidesheim, Altenglan, Ludwigshafen, weiter nach Bad Dürkheim und Ziegenhain über Homberg, Röckenhausen und Zweibrücken führte. 1968 nahm sie noch an acht, 1969 dann nur noch an zwei politischen Tagungen teil. Wie die meisten Rednerinnen widmete Bläsing ihre Beiträge zum Großteil der Frauen- und Familienfrage. Einige wenige tasteten sich auch in andere Bereiche vor, so z. B. Sigrun Jobst, die als einzige Frau unter den insgesamt 73 in Bayern zugelassenen RednerInnen die Themen rund um Jugend, Schulwesen und Sicherheit behandelte. Als Geschichtslehrerin legte Eva Happach den Schwerpunkt ihrerseits eher auf die Erinnerungspolitik.<sup>125</sup> Als Multiplikatorinnen trugen sie alle gewiss zur Ausdehnung des aktivistischen Netzwerks bei, doch ist die Wirkung dieser weiblichen Öffentlichkeitsarbeit im Nachhinein schwer zu ermitteln. Augenfällig ist jedoch, dass Frauen durchaus die gleichen Aufgaben wie die Parteifreunde in Leitung, Organisation und Verwaltung, Aktivismus, Presse und Propaganda übernehmen konnten, sofern sie Unterstützung erfuhren und sich dazu auch selber imstande fühlten. Der einzige gravierende Unterschied lag in den Aufstiegschancen, d. h. der sprichwörtlichen „gläsernen Decke“, gegen die sie als Frauen unentwegt stießen und die sie dazu verdammt, in allen ihren Tätigkeitsbereichen eine den Männern untergeordnete Position einzunehmen. Besonders ambivalent erwies sich in Bezug auf die weibliche Wirkungsmacht auch die Funktion der Frauenreferentinnen, die von Seiten der Parteileitung als wohlwollende Geste gegenüber dem anderen Geschlecht gedacht war und die sich für die Partefunktionärinnen einerseits als Profilierungschance, andererseits jedoch ebenfalls als unüberwindbare Barriere entpuppten.

## 2.6. Macht und Ohnmacht der NPD-Frauenreferentinnen

Wie Gertraude Winkelvoß, Chefin der Nationaldemokratinnen, und Anneliese Bläsing (Hessen), Helene von Watter (NRW), Irmgard Rasche (NRW) oder Anni Schadler (Saarland) wurden in den 1960er-Jahren fast alle Partefunktionärinnen als Frauenreferentinnen eingesetzt. Dadurch, dass sie eine weibliche Spezifität

<sup>123</sup> Zu den Rednerinnen zählten u. a. Gertraude Winkelvoß, die Baronin Helene von Watter, Eva-Maria von Wolzogen, Anneliese Bläsing und Ilse Timm.

<sup>124</sup> Namensliste mit Ankündigungen, in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vL. NR. 315.

<sup>125</sup> DN, 1. 9. 1967, Nr. 35/1967, S. 9.

postulierte und den Nationaldemokratinnen eine ‚natürliche Expertise‘ in Frauen- und Familienfragen unterstellte, war diese Funktion auf die Parteifrauen nachgerade zugeschnitten. Ihre Aufgabe bestand im Wesentlichen darin, weibliche Interessen zu artikulieren, dabei gleichfalls die weibliche Basis für die Partei zu aktivieren, neue Mitglieder anzuwerben und Wählerinnen anzusprechen. Frauen wurden dabei analog zu anderen gesellschaftlichen Gruppen (Vertriebenen, Bauern usw.) als Minderheit<sup>126</sup> identifiziert, die es für die Partei zu mobilisieren galt. Dadurch konnte die NPD ihr Image als vermeintlich demokratische und frauengünstige Partei aufpolieren, ohne den Frauen innerparteilich sonstige Befugnisse einräumen zu müssen. Zuweilen leiteten die Referentinnen kleine Arbeitsgruppen, die Positionspapiere ausarbeiteten und den Bundes-, Landes- und Kreisvorständen, denen sie direkt unterstanden, ihre Berichte und Empfehlungen zukommen ließen; ansonsten verfügten sie über diese beratende Rolle hinaus über keinerlei Zuständigkeiten und Rechte. Es lag daher im Interesse der Parteileitung, diese den Frauen zugeschriebene Tätigkeit zu fördern, beschränkte sie sich doch meistens auf „die Unterstützung und Akklamation der (von ihr gesetzten) Ziele“.<sup>127</sup>

Dank der Frauenreferentinnen konnte die Parteileitung außerdem den ideologischen Einflussbereich der Frauen genau abstecken, d. h. ihre Betätigungsfelder begrenzen und ihre Parteiarbeit kontrollieren. Ihre Beteiligung wurde toleriert, sofern sich die Funktionärinnen auf die spezifisch „weiblichen Themen“ (Frau, Familie, Gesundheit, Kultur) beschränkten und nicht in die als männliche Hoheitsbereiche geltenden Felder (etwa Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit, Außenpolitik) vordrangen. Diese geschlechtsspezifische Segregation, die ihre Rechtfertigung in den „natürlichen Kompetenzen“ der Männer und Frauen fand, beruhte implizit auf einer ideologischen Hierarchisierung, welche die ‚männliche Politik‘ als relevant, normensetzend und allgemeingültig ansah, die ‚weibliche Politik‘ hingegen als Partikularinteressen dienende Politik von Frauen für Frauen deutete und deswegen als nebensächlich betrachtete. Diese Dichotomie war für diese Zeit keinesfalls außergewöhnlich,<sup>128</sup> dafür aber ein klarer Ausdruck der in der Partei herrschenden männlichen Hegemonie. Gertraude Winkelvoß, die diese Trennung als Diskriminierung empfand, monierte den Ausschluss von Frauen aus politisch bedeutsamen Bereichen:

„Uns Frauen geht alles an, nicht nur Kultur und Soziales, womit man uns so gern abspeist, auch der Handel, die Preise, die Finanzen, das Rechtswesen usw., weil alles unser Leben berührt und bestimmt.“<sup>129</sup>

<sup>126</sup> Die Zuschreibung als Minderheit mag besonders ironisch erscheinen, wenn man die damaligen demographischen Verhältnisse und den Wählerinnenüberschuss bedenkt.

<sup>127</sup> Vgl. Bremme, Die politische Rolle, S. 162.

<sup>128</sup> Laut der Politikwissenschaftlerin Beate Hoecker gehört diese geschlechtsspezifische Trennung zu den fundamentalen Organisationsprinzipien der Politik. Vgl. Hoecker, Politische Partizipation von Frauen, S. 98 f.

<sup>129</sup> Jede Frau hat eine Stimme, in: DN, Sonderdruck Frau und Familie, B/67, 1967 (ohne Seitenangabe).

Andere Nationaldemokratinnen wie Martha Kruse wiederum begnügten sich mit dieser thematischen Beschränkung, fühlten sie sich wie viele zu dieser Zeit in der Politik aktive Frauen<sup>130</sup> doch gerade in diesem politischen Bereich wohl und legitim, weil sie mit ihren Bedürfnissen und Erfahrungen als Frauen oder Mütter aufwarten konnten. Durch die Besetzung einer politischen „Nische“ glaubten sie außerdem ihre Position in der Partei stärken zu können. Das Frauenreferat war somit gleichsam Segen und Fluch: Es integrierte die Frauen, indem es ihnen „kraft Amtes“ eine gehobene Position in den Vorständen gewährte, sie zugleich aber auch von den männlichen Parteifreunden isolierte. Sieglinde Rosenberger beschreibt diese paradoxe „integrierte Separierung“ als Effekt patriarchaler Vorurteile, welche die Männlichkeit als Norm und die Weiblichkeit durch ihre Komplementarität definieren: Sie sind es, die in den 1960er-Jahren – und auch danach – die Machtkonfigurationen und folglich die minderwertige Stellung von Frauen in Politik und Parteien bestimmten.<sup>131</sup>

Hauptanliegen der Frauenreferentinnen war es, die Frauen bzw. die Ehefrauen der Parteimitglieder für die Politik der NPD zu interessieren, sie durch gesellige Treffen, politische Diskussionsrunden oder andere Aktivitäten an die Partei heranzuführen, das Gemeinschaftsgefühl zu fördern und somit ihren Sinn für die „nationale Sache“ zu schärfen. So berichtete das Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ beispielsweise in überschwänglichem Ton über die „vorbildlich“ effiziente, „ertragreiche“, aber auch „dezente“ Frauenarbeit in Karlsruhe:

„Seit Bestehen des KV Karlsruhe-Stadt waren die Frauen besonders aktiv. Unter der Leitung von Frau Elfriede Becker veranstaltete die (nicht nur aus Mitgliedern bestehende) Frauengruppe mehrere gesellige Abende, die nicht nur den Kontakt innerhalb des KV förderten und neue Mitglieder gewinnen halfen, sondern stets auch Kassenerfolge brachten. Als dann im September vorigen Jahres Frau Else Hüther die Frauenarbeit übernahm, setzte ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm ein, das in breitem Spektrum sowohl politische Referate (Gutmann, MdL, Knorr, MdL, von Kleist) als auch Lichtbildervorträge (Gerhard, Lauritzén), Werksbesichtigungen (Esso, Kernforschungsreaktor) und frohe Feste (Adventsfeier für Kinder, Faschingsball) enthielt. Ohne viel Aufhebens waren die ‚Karlsruher Frauen‘ auch stets in den Wahlkämpfen besonders tätig.“<sup>132</sup>

Die Informationstreffen von Frauen für Frauen waren das Herzstück der weiblichen Parteiarbeit. Als Ort der Begegnung und des Austausches unter Gleichgesinnten fungierten sie als Eisbrecher für die konservativen und nationalgesinnten Frauen, die sich aus Schicklichkeitsgründen nie in eine gemischtgeschlechtliche, also stark männlich dominierte NPD-Parteiversammlung begeben hätten. Auch für diejenigen, die noch zögerten, sich zur extrem rechten und eben deshalb politisch und gesellschaftlich geächteten Partei zu bekennen, waren sie von Vorteil:

„Frauen stehen im allgemeinen der NPD noch zurückhaltend gegenüber, da sie die einseitigen Schilderungen dieser Partei nicht ohne Weiteres als Verleumdungen erkennen, deswegen versuchen wir auf Tagungen Frauen mit unseren Gedanken vertraut zu machen.“<sup>133</sup>

<sup>130</sup> Vgl. Bremme, Die politische Rolle, S. 224.

<sup>131</sup> Rosenberger, Geschlechterarrangements, S. 36.

<sup>132</sup> Frauenarbeit in Karlsruhe, in: DN, 4. 4. 1969, Nr. 14/1969, S. 13.

<sup>133</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

Unter der Obhut der Bundesfrauenreferentin Winkelvoß hielten die Nationaldemokratinnen am 17. und 18. September 1966 ihren ersten Bundesfrauenkongress in Marburg ab, der unter dem Zeichen des „politischen Vertrauens“ etwa 75 Anhängerinnen und Sympathisantinnen versammelte. Im Vorfeld zur Hessenwahl wollten sie so den NPD-Wahlkampf mitgestalten, die Landtagskandidatin Anneliese Bläsing der Öffentlichkeit präsentieren und ihre eigenen, „weiblichen Themen“ vorstellen. Die in diesem Rahmen gehaltenen Reden, die sich mit der nationaldemokratischen Politik rund um Familie (Winkelvoß), „Hygiene“ (von Watter), Geschlechterdifferenz (Prinzessin Reuß zur Lippe) und weibliche Partizipation (Niewöhner) auseinandersetzten, mündeten in den nachdrücklichen Appell an die Parteimänner, die politische Aktivität von Frauen mehr und beherzter zu unterstützen.<sup>134</sup> Dieser Kongress bildete den Auftakt zu einer Reihe von Tagungen und Treffen, die in den darauffolgenden Monaten von lokalen und regionalen Frauenreferentinnen – z. B. von Christel Müller im Januar 1967 anlässlich der Bremer Wahl im schleswig-holsteinischen Itzehoe – veranstaltet wurden.<sup>135</sup> Mit der näher rückenden Bundestagswahl intensivierten die Nationaldemokratinnen ihre Aktivitäten: Zwischen März 1968 und September 1969 fanden 14 Tagungen statt, die von Frauenreferentinnen sowohl lokal als auch transregional durchgeführt wurden.<sup>136</sup> Während die kleineren Versammlungen als normale Wahlveranstaltungen vorrangig das Wahlprogramm der NPD dem weiblichen Wahlvolk vermitteln sollten, widmeten sich acht interregionale Tagungen der politisch-ideologischen Ausbildung von Frauen – so im hessischen Lippoldsberg, wo Gertraude Winkelvoß am 11. und 12. Mai 1968 auf dem Anwesen ihrer Parteifreundin und Vertrauten Holle Grimm ein Frauenseminar ausrichtete, das sich mit den unmittelbar aktuellen Studentenunruhen befasste. Wie Winkelvoß, die ihren Eröffnungsvortrag zur „NPD in der politischen Situation“ hielt, warnten alle Rednerinnen vor der „Gefahr der Linken“ und der „Bedrohung des Kommunismus“, vor dem es die westdeutsche Gesellschaft und mehr noch die Jugend zu schützen galt. Nachdem Margarete Walendy (NRW) die Grundsätze des Kommunistischen Manifests erläutert hatte, geißelte Sigrid Jobst (Bayern) die „Untaten“ Rudi Dutschkes sowie dessen „verheerenden“ Einfluss auf die jungen Menschen. Den Tag darauf widmeten die Nationaldemokratinnen der Geschichte der politischen Rechten in Deutschland (Wachmann) und dem Friedenswillen als „genuine weiblichem Wert“ (Timm). Zum Abschluss betonten sie ihre politische Verantwortung als Nationaldemokratinnen im Hinblick auf die historischen Umwälzungen, die es zu beeinflussen galt.<sup>137</sup>

<sup>134</sup> Vortrag von Gertraude Winkelvoß „Familie und Frau“, 17. 9. 1966, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

<sup>135</sup> DN, 13. 1. 1967, Nr. 2/1967, S. 9.

<sup>136</sup> Frauenveranstaltungen organisierten Nationaldemokratinnen z. B. in Hamburg (Meta Schirrmeister) im März und im bayerischen Matzbach im Oktober 1968 (Sigrun Jobst), in Karlsruhe im Januar (Lotte Blum), in Köln im Mai (Helene von Watter), im schleswig-holsteinischen Krempe im Juni (Ilse Timm) oder in Frankfurt am Main im Juli 1969 (Anneliese Bläsing).

<sup>137</sup> DN, 2. 5. 1969, Nr. 18/1969, S. 12, und DN, 7. 6. 1968, Nr. 23/1968, S. 9.

Zur Weiterführung der ersten überregionalen Tagung hielten sie drei Monate später, am 24. und 25. August 1968, ein zweites Seminar ab, zu dem sie ebenfalls Vertreterinnen von Vertriebenenverbänden einluden. Mit dem Ziel, das Wissen der Frauen über „Mitteldeutschland“ zu stärken bzw. zu formen, stand die Deutschlandfrage – die „irrsinnige Zerreißung des Vaterlandes“, so die Formulierung der NPD – im Mittelpunkt der Zusammenkunft.<sup>138</sup> Der von Winkelvoß ausgewählte Ort war besonders symbolträchtig: In Helmstedt, nur wenige Kilometer vom DDR-Territorium entfernt, sollten die Teilnehmerinnen die „Wahrheit“ über die Entstehung der deutsch-deutschen Grenze und die „willkürliche Aufteilung“ des Reichsgebiets unter der Schirmherrschaft der „Besatzer“ erfahren. Ein Ausflug führte die Frauen am ersten Tag zu eben dieser Grenze zwischen Niedersachsen und der DDR, zu einer Stelle, von der aus sie einen Blick auf Höttensleben erhalten konnten, dem ersten Dorf auf östlicher Seite, das die Schöniger Aue und ein gewaltiger Stacheldraht von der Bundesrepublik trennten. Mit eigenen Augen sollten sie „Ulrichts Sicherungsmaßnahmen“ (Doppelzaun, Wachhunde, Blendlicht) sehen und später, bei einer Filmvorführung, Fakten über die „sowjetzionale NVA“ erfahren und sich so regelrecht in das Leben der Deutschen „hinter dem Stacheldraht“<sup>139</sup> einfühlen. Der Vortrag von Helene von Watter über die „desaströsen“ Folgen der Funktionalisierung von Frau und Familie im Kommunismus vollendete am zweiten Tag das nationaldemokratische DDR-Bild. Das als vermeintlich immersives Erlebnis konzipierte Seminar, das den Frauen einen „wahren“ Einblick hinter die Kulissen deutscher-deutscher Geschichte zu gewähren vorgab, bediente in Wirklichkeit gesellschaftlich weit verbreitete antikommunistische Ressentiments und Ängste, deren Anstachelung für die NPD lediglich einen Ideologisierungs- und Indoktrinierungszweck erfüllte.

Welchen Effekt die Frauentagungen auf die Anhängerinnen und Sympathisantinnen letztendlich erzielten, lässt sich nur schwer einschätzen; es ist jedoch anzunehmen, dass die Resonanz eher bescheiden ausfiel: Der im Parteiorgan oft übermäßig betonte Erfolg der Frauenveranstaltungen konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Teilnehmenden immer verschwiegen und auch sonst wenig über die innerparteiliche Rezeption ihrer Tätigkeiten mitgeteilt wurde. Demnach gelang es ihnen vermutlich nur sehr begrenzt, über ihren aktivistischen Kern hinaus Frauen zu mobilisieren und sich bei der Parteileitung das gewünschte Gehör zu verschaffen. Diese lobte aus höflichem Paternalismus die Frauen zwar regelmäßig für ihren Einsatz, sie setzte in Wahrheit aber viel mehr auf die Jugendarbeit, die sie im Kampf gegen die aufbrausende „linke Jugend“ für relevanter hielt, und gründete 1967 die Unterorganisation der Jungen Nationaldemokraten.<sup>140</sup> Die Frauenreferentinnen

<sup>138</sup> DN, 23. 8. 1968, Nr. 34/1968, S. 12.

<sup>139</sup> DN, 27. 9. 1968, Nr. 39/1968, S. 10; DN, 23. 8. 1968, Nr. 34/1968, S. 12. Interessanterweise griffen die NationaldemokratInnen wie auch die Konservativen auf begriffliche Umgehungsstrategien zurück, um das „andere“ Deutschland zu benennen. Durch die Benutzung von Metaphern und Umschreibungen wie „Zone“, „sowjetische Besatzungszone“ und „Ulrichts-Staat“ drückten sie ihre Nicht-Anerkennung der DDR aus.

<sup>140</sup> NPD, Rundschreiben Nr. 28/67, 8. 12. 1967, in: IfZ München, ED 704 NPD.

nahmen folglich eine ambivalente Stellung ein. Förderten sie die weibliche Solidarität, betrieben sie nationaldemokratische Identitätspolitik und verliehen der Frauenarbeit Sinn und Richtung, so mussten sie sich doch mit ihrem politischen Schattendasein abfinden: Ihr Aktivismus verlief synergieslos neben dem der Partei her. Der von den Frauen geschaffene separate Entfaltungsraum, den die Politikwissenschaftlerin Mechthild Fülfes unumwunden als „politische Sackgasse“<sup>141</sup> bezeichnet hat, verlieh den Nationaldemokratinnen durchaus mehr Autonomie, er überwand aber die parteiimmanenteren Ausschlussmechanismen nicht, sondern verstärkte diese paradoxerweise noch.

## 2.7. Sexismus und Fremdheit im politischen Alltag

Diskriminierungen und Vorurteile gehörten in den 1960er-Jahren zur Grunderfahrung aller Politikerinnen, egal welcher Partei sie angehörten; der Weg in die Politik war für die Nationaldemokratinnen aber besonders steinig. Die Frauen, die ihn wählten, wussten um seinen gesellschaftlichen Preis: die Einbußen, die Ächtung, der Hohn. Es war eine Despektions, die sich auf eine sehr spezifische Weise gegen die Parteifrauen auswirkte. Die Presse blendete die Frauen entweder gänzlich aus – „Wer sind die Männer der NPD?“, fragte die Tageszeitung „Die Welt“ 1966<sup>142</sup> – oder machte sie als politisch engagierte Frauen lächerlich.<sup>143</sup> Auch die Wissenschaft behandelte sie mit vergnügter Süffisanz, so etwa Lutz Niethammer, der zur politischen Stellung von Gertraude Winkelvoß und Anneliese Bläsing schlicht vermerkte, die eine sei „für ‚Frauen- und Familienfragen‘ abgestellt“, während die andere lediglich „die langjährige Sekretärin ihres Fraktionschefs“<sup>144</sup> sei. Beide reduzierte er pauschal auf eine Alibi-Funktion und verkannte dabei Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume von NPD-Frauen; beiden sprach er aufgrund ihres Geschlechts jegliche politische Qualifikation oder Legitimität ab.

Neben dieser ‚antifaschistischen Überheblichkeit‘ sahen sich die Parteifrauen auch mit der genuinen Frauenfeindlichkeit ihres eigenen politisch-weltanschlichen Milieus konfrontiert. Ihre Marginalisierung war demnach eine doppelte. Aus wahltaktischen Gründen begrüßte die Parteileitung ausdrücklich die „Mitarbeit der Frauen“,<sup>145</sup> würdigte in Nachrufen, wie bei Luise Ripp und Gertrud Knipp, auch gerne ihre „Tapferkeit“ und ihren „[beispielhaften] Einsatz für das Vater-

<sup>141</sup> Fülfes, Frauen in Partei und Parlament, S. 61.

<sup>142</sup> Wer sind die Männer der NPD?, in: Die Welt, Nr. 74, 1966, S. 7.

<sup>143</sup> Die im Titel „Sind das die neuen Nazis?“ schon anklingende ironische Hochmütigkeit drückte sich auch in folgender, der Landtagsabgeordneten Anneliese Bläsing gestellten Frage aus: „Fordern Sie, dass es den Jugendlichen unmöglich gemacht wird, den Busen der Bardot zu beobachten?“ Vgl. Jochen Steinmayer, Sind das die neuen Nazis?, in: Der Stern, o. D., in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 323/1.

<sup>144</sup> Niethammer, „NSDAP ohne SA?“ Vorgeschichte, Struktur, Programm der NPD, unveröffentlichtes Manuskript o. D., in: Universitätsarchiv Jena, Niethammer V Abt. XLVIII vl. NR. 318/2.

<sup>145</sup> Mitarbeit der Frauen, in: DN, 28. 7. 1967, Nr. 30/1967, S. 9; DN, 1. 9. 1967, Nr. 35/1967, S. 9.

land“.<sup>146</sup> Sie hegten die Parteifrauen zugleich aber kompromisslos im Kleingarten ihrer minderwertigen und abseitigen Position ein. Die männerbündischen Netzwerke und Seilschaften, aus denen sich das Machtgefüge der Partei konstituierte, bedingten auch die politische Soziabilität, in der Frauen einfach nicht vorgesehen waren. Den geselligen Treffen, Kameradschaftsabenden, Stammtischen und Frühschoppen, die täglich in ganz Westdeutschland abgehalten wurden,<sup>147</sup> lagen Regeln, Werte und Vergemeinschaftungsrituale zugrunde, die Frauen außen vor ließen. Indessen wurden Frauen, namentlich die Ehefrauen der Mitglieder und ihre Kinder, explizit eingeladen, an den besonderen, den feierlichen, d. h. unpolitischen Anlässen, etwa an den Weihnachts- und Faschingsfesten oder den Ballabenden der NPD, teilzunehmen, sollten sie doch durch ihre Gegenwart die nationaldemokratische Kampfgemeinschaft stärken und ihr Image als harmonische Familienpartei plausibilisieren. Auch bei gemischtgeschlechtlichen Veranstaltungen (etwa Mitgliederversammlungen, Informationssitzungen, Treffen, Diskussionsabende) waren sie offiziell willkommen, doch fanden diese zumeist unter der Woche, ab 20 Uhr, in abgelegenen Gaststätten statt, sodass der Rahmen dieser für die Propaganda so wichtigen Termine dem Lebensrhythmus der Frauen regelrecht zuwiderlief. Auch war es in den 1960er-Jahren für Frauen und Mütter grundsätzlich unschicklich, sich unbegleitet in den dunklen Abendstunden zu politischen Treffen und Versammlungen zu begeben. So wagten es nur wenige, daran teilzunehmen.<sup>148</sup>

Als Zugeständnis an die Funktionärinnen, die weibliche Basis und die Wählerinnen lud die Parteileitung regelmäßig Rednerinnen zu den gemischtgeschlechtlichen Veranstaltungen ein, doch durften jene nie allein im Rampenlicht stehen; stets wurden sie von männlichen Kadern begleitet und ihre Vorträge durch einen männlichen Standpunkt ergänzt: Anneliese Bläsing trat nie ohne Faßbender auf, Gertraude Winkelvoß nicht ohne Lodders und Sigrun Jobst nur mit Jochen Kotzias. Innerhalb dieser Tandems sollte der Partefunktionär die weibliche Darbietung „aufwiegen“ und als Qualitätsgarant das Niveau der Veranstaltung heben; den Rednerinnen wurde nämlich jegliche politische Kompetenz abgesprochen. Das signalisierten zumindest die „Deutschen Nachrichten“ in einem Tagungsbericht:

„Während sich Frau Bläsing besonders mit Frauen-Problemen innerhalb der Sozialpolitik auseinandersetzte, nahm Heinrich Faßbender zu innen-, außen-, wehr- und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung.“<sup>149</sup>

Offiziell gab es keine Frauenpolitik.<sup>150</sup> Man konzidierte allenfalls, dass nicht weiter spezifizierbare „Frauenprobleme“ existierten, deren politischer Charakter je-

<sup>146</sup> DN, 12. 1. 1968, Nr. 2/1968, S. 12; DN, 5. 2. 1968, Nr. 5/1968, S. 11.

<sup>147</sup> Alle Veranstaltungen wurden im Parteiorgan mehrere Wochen vorher angekündigt.

<sup>148</sup> Die Frauentreffen fanden ausschließlich an den Wochenenden statt. Zur Frage der geschlechtsspezifischen Zeitlichkeiten in der Politik vgl. Fülles, Frauen in Partei und Parlament, S. 54 ff.

<sup>149</sup> DN, 12. 1. 1966, Nr. 2/1966, S. 11.

<sup>150</sup> Der Begriff Frauenpolitik wird erst ab dem Ende der 1970er-Jahre unter dem Einfluss der Autonomen Frauenbewegung verwendet.

doch bestritten wurde. Somit wurden die Parole der Nationaldemokratinnen abgewertet und sie in ihrer Glaubwürdigkeit diskreditiert, umso mehr, wenn sich die Bewertungsmaßstäbe für ihr Tun an körperlichen Merkmalen orientierten:

„Sigrun Jobst, schlank, groß und blondhaarig, verkörpert die junge Generation der NPD-Gefolgschaft, die sich mit deutscher Vergangenheit erst gar nicht belastet, da sie nur in die Zukunft schaut. Zu braunem, modisch kurzem Kleid trägt die Rednerin ein karamelfarbenes Jabot mit braunen Punkten.“<sup>151</sup>

In diesem Tagungsbericht ging das Parteiorgan nicht auf den Inhalt des Vortrags ein, sondern kommentierte lediglich ihr ‚reizvolles‘ Erscheinungsbild und ihren Wert für die Partei als Aushängeschild der Jugend, was wahrscheinlich eher darauf baute, Männer statt Frauen in die Parteiveranstaltungen zu locken. Dass in der NPD Frauen grob sexualisiert und die Geschlechterverhältnisse erotisiert wurden, zeigt zudem ein Beispiel aus NRW. Im Oktober 1965 veröffentlichte Horst Utke aus dem KV Krefeld eine den „Deutschen Nachrichten“ nachempfundene humoristische Zeitung, in der er die Steifheit und den Dirigismus der Parteileitung verspottete. Die Vorgaben zur ordnungsgemäßen Durchführung von Versammlungen<sup>152</sup> parodierend, stellte er eigene Richtlinien auf, die er sexuell auflud. Unter den zu beachtenden Punkten erwähnte er:

„1. Als Mindestbekleidung ist bei Herren eine Krawatte, bei Damen ein Büstenhalter vorgesehen. 2. Strip-tease vor 20 Uhr ist nicht gestattet. 3. Für mitgebrachte weibliche Personen kann keine Haftung übernommen werden. [...] 10. Sollte jemand absolut seine Frau oder die seines Nachbarn verwöhnen wollen, wird ihm kostenlos ein Bett zur Verfügung gestellt.“<sup>153</sup>

Sexualisierung und Sexismus waren Leitmotive von Utkes satirischer Schrift, die die vorgebliche, auf Sitte und Ordnung fußende Schamhaftigkeit der NPD als Heuchelei entlarvte, die Parteimänner auf Kosten der Parteifrauen unterhalten wollte und dementsprechend auch Kräfteverhältnisse zu erkennen gab, die zu ihrer Herabsetzung führten. Der Sexismus, ob seiner Rekurrenz und Vielfältigkeit, war für sie ein substanzialer Ausgrenzungsfaktor. Dass Frauen die politische Anerkennung verweigert und weibliche Eigeninitiativen gebremst wurden, dass man in der Partei zuweilen auch befürchtete, eine zu große Sichtbarkeit von Frauen könnte die Partei verweiblichen, verweichlichen und somit der Sache schaden, bezeugt schließlich folgende Aussage einer Mannheimer Aktivistin:

„Es ist bezeichnend, daß sehr wenige Frauen an Versammlungen teilnehmen, neben Frau H. bin ich meist die Einzige. Ich habe zwar verschiedentlich die mir bekannten männlichen Teilnehmer angesprochen, daß sie ihre Frauen doch auch schicken mögen, da ich mich dann wohler fühlen würde. B. und T. entgegneten, daß ihre Frauen keine Zeit hätten. Auf die Vorstellung H. von Oktober 1968, daß jemand gesucht wurde, der die Frauenarbeit aktiviert, kam man nicht wieder zurück, obwohl ich mich bereit erklärt hatte eine solche Arbeit zu übernehmen. H. erklärte dazu, daß mindestens 12 weibliche Mitglieder vorhanden sein müßten, die es ja gebe, doch man befürchte seitens Vorstandes [sic!], [dass] keine richtige Arbeit geleistet würde und die ganze Ange-

<sup>151</sup> DN, 1. 8. 1969, Nr. 31/1969, S. 14.

<sup>152</sup> NPD, Zehn Gesetze zur Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen, o. D., in: IfZ München, ED 704/1 NPD.

<sup>153</sup> Horst Utke, DN-Sonderdruck, 15. 10. 1965, S. 3, in: IfZ München, ED 704/13 NPD.

legenheit in Kaffeekränzchen ausarten würde. Im April 1969 hatte ich mit T. eine kurze Unterredung, während der ich mich anbot, Postwurfsendungen mit zu verteilen. Das wurde jedoch entschieden zurückgewiesen, daß diese Arbeit für eine Frau zu schwer sei, es sei Männerarbeit.“<sup>154</sup>

In der Partei wurden die Nationaldemokratinnen weder als gleichberechtigte Weggefährtinnen noch als politische Akteurinnen wahrgenommen. Sie litten an Anerkennungs- und Glaubwürdigkeitsdefiziten, die ihre politische Teilhabe stark begrenzten. Auch der politische Alltag in seiner formellen Beschaffenheit, seiner starren Organisationsstruktur mit ausgeprägt hierarchisch-formalisierten Abläufen und seinem aufwändigen Zeitregime, das wegen der vielen zeitintensiven Sitzungen, Meetings und Reisen eben auch eine beachtliche Verfügbarkeit voraussetzte, war nur schwer mit den Rollenerwartungen, Lebenswegen und Lebensrhythmen von Frauen in Einklang zu bringen. Er fußte auf männlichen Biographien, Lebenswelten und Traditionen, Werten und Idealen, männlichen Vergemeinschaftungsformen, Kapazitäten, Ressourcen und Denkschemata, kurzum auf der männlichen Hegemonie, die alle Lebensbereiche durchdrang, Sitten und Mentalitäten sowie soziale Praktiken determinierte und sich ebenfalls in einer hartnäckigen Misogynie manifestierte. Die der politischen Kultur inhärente „sedimentierte Männlichkeit“ (Eva Kreisky)<sup>155</sup> begründete im Kern die „Fremdheit der Politik“,<sup>156</sup> jene geschlechtsspezifischen sowie historisch, sozial und kulturell bedingten Hemmnisse, auf die Frauen in der NPD unentwegt stießen, die aber darüber hinaus auch zum politischen Parcours einer jeden westdeutschen Politikerin gehörten – die Nationaldemokratinnen waren in diesem Sinne ein repräsentatives, wegen ihrer doppelten Marginalisierung auch ‚extremes‘ Beispiel für die allgemeine *Agency* von Frauen in der damaligen Politik.

## 2.8. „Mehr Vertrauen – auch den Frauen“: weibliche Spielräume und Ermächtigungskämpfe

Im Ringen um Achtung und Zustimmung entwickelten die Nationaldemokratinnen einen politischen Eigensinn, den sie anhand eines Selbstbehauptungsdiskurses artikulierten. Um die weibliche Gleichstellung und die Anerkennung ihrer männlichen Mitstreiter einzufordern, machte die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß interessanterweise das im Art. 3, Abs. 2 verankerte Gleichheitsgebot des Grundgesetzes geltend:

„Nach dem Artikel 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen in der Bundesrepublik gleichberechtigt. Alten Traditionen gehorchein, hat sich das aber noch nicht überall durchgesetzt. Das gilt für den Bereich der Wirtschaft ebenso, wie für die Politik.“<sup>157</sup>

<sup>154</sup> BStU, BV Suhl Abt. XX/580 Bd 1, S. 79. Gemäß der im BStU gültigen Richtlinien zum Datenschutz wurden die Namen anonymisiert.

<sup>155</sup> Eva Kreisky spricht von der Männlichkeit „als Grammatik und Zeichensprache der Politik“. Vgl. Kreisky Diskreter Maskulinismus, S. 174.

<sup>156</sup> Schöler-Macher, Fremdheit der Politik.

<sup>157</sup> Frauen in der Politik, in: DN, 13. 10. 1967, Nr. 41/1967, S. 1.

Diese scheinbar nüchterne Argumentationslinie, die unter dem Deckmantel der verfassungsrechtlichen Geschlechtergleichheit patriarchale Traditionen anprangerte, war für rechtsextreme Frauen in der Nachkriegszeit ein Wagnis. Es war auch ein Zeugnis der progressiven – oder opportunistischen? – Haltung, die Winkelvoß in manchen Bereichen, wenn es denn der Frauenfrage nützte, an den Tag legte. Obschon ihr Verhältnis zur Bundesrepublik ein zwiespältiges war, sie darüber hinaus auch autoritäre und antidemokratische Ideale vertrat, bemühte sie das Grundgesetz als Emanzipationswerkzeug, um die gleichen gesellschaftlichen und politischen Partizipationsrechte für Frauen einzufordern und den in den 1960er-Jahren eingeläuteten Demokratisierungsprozess zu beschleunigen. Manchmal richtete sie den sexistischen Mahnruf auch direkt an die Parteimänner, deren Gleichgültigkeit auf Frauen stark demobilisierend wirkte:

„Das Volk sind wir. Du und ich. Mann und Frau. [...] Ob es in der Politik deswegen so unselig aussieht, weil geglaubt wird, Männer seien Manns genug, die Dinge (allein) zu meistern? [...] Bitte an unsere Männer: Hören Sie auch uns einmal zu und lassen Sie uns verantwortungsvoll mitarbeiten. Nicht weil wir Frauen sind, [aber] erschweren Sie die Mitarbeit nicht, wenn wir Frauen sind. Wir werden Sie nicht enttäuschen.“<sup>158</sup>

Das in dem Zitat betonte Argument der Geschlechterdifferenz gebrauchte sie, um entgegen der Deutungsgewohnheiten ihrer männlichen Parteifreunde einen Platz für die Frauen zu beanspruchen. Nur eine Politik, die Männer und Frauen gleichstellte und dabei ihren jeweiligen Interessen die gleiche Beachtung schenkte, konnte laut Winkelvoß wahrhaft „national“ sein, d. h. das „deutsche Volk“ in seiner geschlechtlichen Vielfalt und Gesamtheit fassen. Sie warb um das Vertrauen der Männer und erinnerte sie in feministisch anmutender Fasson daran, dass „jede Frau [...] eine Stimme“ hatte und somit unabhängig sowie wahlkundlich relevant war. Damit verband sie die Bitte, die Nationaldemokratinnen als wahrhaftige politische Akteurinnen anzuerkennen und sie gezielter in die Parteiaktivitäten einzubeziehen:

„Die Frau wählt anders als der Mann – sie ist selbstständig, auch im politischen Denken, und die Männer sollten das wahrhaben und in ihren Überlegungen berücksichtigen. Stellen Sie mehr Frauen bei Versammlungen heraus, bitten Sie um ihre Meinung bei Besprechungen, daß sie ihre Scheu überwinden. Sie werden sehen, wie langsam aber sicher die Frauen teilnehmen an den Diskussionen, selbst in Referaten Stellung nehmen zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen. Uns Frauen geht alles an [...].“<sup>159</sup>

Anstatt Frauen und die Weiblichkeit auf ihre vermeintlich apolitische Fremdheit, ihr Anderssein zu reduzieren, politisierte Winkelvoß betont die „natürlichen Unterschiede“ zwischen Mann und Frau und sprach Letzterer spezifische Fähigkeiten und Kompetenzen zu, die sich die Politik zunutze machen solle. So bediente sie das essentialistische Stereotyp einer empfindsamen, empathischen und mütterlichen

<sup>158</sup> Gertraude Winkelvoß, am 17. 9. 1966 in Marburg gehaltene Rede „Frau und Familie“, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

<sup>159</sup> Jede Frau hat eine Stimme, in: DN, Sonderdruck Frau und Familie, B/67, 1967 (o. Seitenangabe).

Weiblichkeit, die sich besonders dazu eigne, die „männliche Aggressivität“ auszugleichen, denn „Politik, verstanden als das Bemühen, miteinander auszukommen, ist eine Aufgabe, für die Frauen eine besondere Begabung mitbringen“.<sup>160</sup> Laut Winkelvoß waren also Frauen als kohäsions- und kompromissstiftender Stabilitätsfaktor am ehesten in der Lage, die Wogen zu glätten, Opponenten zu versöhnen, gegensätzliche Strömungen zu vereinen und als männliche Hahnenkämpfe betrachtete Konflikte zu schlichten.<sup>161</sup>

Diesem Prinzip folgte die Bundesfrauenreferentin, als sie versuchte, direkt in den Streit einzugreifen, der in der NPD schon seit Jahren zwischen dem DRP-Lager und dem gemäßigteren Thielen-Flügel schwelte und sich 1967 explosionsartig entlud. Auslöser dieser nationaldemokratischen Zerreißprobe war die Wahl von Thaddens an die Spitze des niedersächsischen Landesverbands beim Nienburger Parteitag am 5. Februar 1967, gegen die Thielen gerichtlich vorging. Das Bremer Landgericht gab ihm am 8. März 1967 recht, von Thadden wurde vom niedersächsischen Vorsitz entfernt und aus der Partei ausgeschlossen. In einer Vergeltungsaktion wurde Thielen daraufhin wegen seines „schädlichen Verhaltens“ aus seinem eigenen Landesverband Bremen ausgestoßen und von Thadden in die Partei reintegriert. Auch hier konnte Thielen seine Rückkehr gerichtlich einklagen und Thadden erneut aus der Partei ausschließen, wogegen Letzterer ebenfalls Rechtsmittel einlegte. Dieser politisch-juristische Machtkampf, den von Thadden für sich entscheiden konnte, zog sich über Monate bis zum definitiven Rückzug Thielens hin. Am 11. November 1967 wurde Adolf von Thadden beim Bundesparteitag letztendlich mit 93% der Stimmen zum neuen NPD-Vorsitzenden gewählt.<sup>162</sup> Im März 1967, inmitten der Parteifehde, flehte Winkelvoß die beiden verfeindeten Männer regelrecht an, im Namen der „nationalen Sache“ ihren „verderblichen“ Streit beizulegen und einen Kompromiss zu finden:

„Bitte! Reagieren Sie so maßvoll wie möglich! [...] Es geht um Ihrer beider Lebensaufgabe, Sie waren und sind die Hoffnung aller aufrechten Deutschen. Bitte, geben Sie ein Beispiel. Schütten Sie Gräben zu! Räumen Sie Misstrauen und Missverständnisse aus, aber nicht in der Öffentlichkeit, nicht vor Gerichten. [...] Sie werden beide gewinnen – durch Güte und Verständigung. Auch unsere Partei kann nur leben, wenn wir Menschen gewinnen, niemals aber, wenn Meinungsverschiedenheiten zu Verdächtigungen und Ausschlüssen führen. Wir sind keine Sekte. [...] Um der Aufgabe willen!“<sup>163</sup>

Vielleicht wurde ihre ‚weibliche‘ Einmischung in den ‚männlichen‘ Machtkampf von den Protagonisten als anstößige Dreistigkeit empfunden; unbestritten ist jedenfalls, dass sie mit ihrem Appell an die Vernunft die partiinterne Kluft nicht

<sup>160</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

<sup>161</sup> „Vielleicht können die Frauen sogar manch ausgleichendes Wort finden und eine schlichtende Hand dort anlegen, wo Meinungsverschiedenheiten Harmonie und den notwendigen Zusammenhalt zu stören drohen.“ Gertraude Winkelvoß, am 17. 9. 1966 in Marburg gehaltene Rede „Frau und Familie“, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

<sup>162</sup> Vgl. Brandstetter, NPD im 21. Jahrhundert, S. 73 ff.

<sup>163</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden und Fritz Thielen, 22. 3. 1967, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

überwinden konnte. Doch zeugte die Wortmeldung auch von ihrer Kühnheit und der selbstgefälligen Überzeugung, dass ihr als Frau auch eine erzieherische Funktion<sup>164</sup> zukam und ihre Autorität es ihr erlaubte, die Parteifreunde zurechtzuweisen. Sie ergriff dennoch Partei für den DRP-Flügel und ihren Mentor Adolf von Thadden, den sie nachfolgend vehement gegen Thielen verteidigte, obwohl ihr Verhältnis schwierig war. Als langjährige Weggefährtin von Thaddens schuldete sie ihm wahrscheinlich ihre Position als Obfrau der Partei, doch scheint ihn der ‚extravagante‘ Ehrgeiz dieser Frau auch irritiert zu haben. In einem Brief von Januar 1967 sprach Winkelvoß die Feindseligkeit, mit der er ihr und anderen Frauen begegnete, direkt an und verlangte von ihm als mächtigsten Mann der niedersächsischen NPD zudem auch eine Gegenleistung für ihre treuen Dienste:

„Wenn Sie einen Menschen, der nicht in allen Fällen Ihrer Meinung ist, für Ihren Gegner oder Feind halten, kann man wenig machen. ‚Warum haßt Thadden Sie so?‘ hat mich Winter kurz nach Karlsruhe gefragt. – Ich weiß es nicht [...]. Jedenfalls bin ich nie Ihr Gegner gewesen und meine Ihnen und v. a. der NPD mehr zu dienen, wenn ich offen die Ansichten vertrete, die ich mir ja nicht allein ausdenke, sondern die gewonnen sind aus dem Umgang und den Gesprächen mit vielen anderen. Selbst wenn ich lieber eigenverantwortlich bin, habe ich mich beschlossenen Abmachungen immer angepaßt und wäre gern bereit gewesen, vor der Wahl noch mehr einzusetzen. [...] Wenn Sie meinen, Sie brauchten die Mitarbeit einer Frau nicht, geschweige meine, kann ich das nicht ändern. [...] Meine vier Kinder sind aus dem Hause und werden ihr Studium beenden. Ich stehe am Beginn der vielbesprochenen 3. Lebensphase. Ich will eine richtige Aufgabe [...]. Sie können darüber denken, was Sie wollen, ich weiß, was ich seit über 10 Jahren getan habe und einzusetzen bereit bin. Ich möchte in den Landtag.“<sup>165</sup>

Dieser Briefauszug ist gleich in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Erstens bezeugt er die außerordentliche Kampfeslust und Entschlossenheit dieser Akteurin, die nicht zögerte, ihren Standpunkt zu verteidigen, ihrem Mentor Paroli zu bieten und dabei den latenten Sexismus der politischen Führung zu kritisieren. Zweitens zeigt er, wie sehr Winkelvoß die Funktionsmechanismen der Politik verstanden und ihre Normen verinnerlicht hatte, bevorzugte sie doch informelle und nepotistische Mittel, um an politischem Einfluss zu gewinnen. Drittens wurde dieser Machtanspruch doppelt legitimiert: Einerseits hob sie ihre Loyalität, ihre Leistung, ihre Verdienste hervor; andererseits rechtfertigte sie diese als Gegenleistung für die Erfüllung ihrer weiblichen, d. h. mütterlichen Pflicht – ihre Kinder seien außer Haus, sie habe also die Zeit, sich nunmehr voll und ganz ihrer politischen Aufgabe zu widmen. Ihre Hartnäckigkeit wurde belohnt. Sie erhielt den fünften Platz auf der Landesliste, der ihr bei Überwindung der 5-Prozent-Hürde den Einzug in den Niedersächsischen Landtag garantierte. Am 4. Juni 1967 wurde sie tatsächlich Mitglied des Landesparlaments.

Winkelvoß steht exemplarisch für die individuellen Ermächtigungsmöglichkeiten von Frauen, doch blieben jene nur wenigen Nationaldemokratinnen vorbehal-

<sup>164</sup> In einem Redeentwurf wollte Gertraude Winkelvoß 1966 den Frauen „erzieht eure Männer“ zuzurufen. Diesen Satz strich von Thadden bei seiner Lektüre mit der Anmerkung: „Das scheint uns nicht die Lösung“. In: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Nr. 62/2.

<sup>165</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an Adolf von Thadden, 9. 1. 1967 (Unterstreichungen im Original), in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

ten; die meisten verharrten in untergeordneten Positionen. Entsprechend wurden Lösungsvorschläge gemacht, um Frauen auch kollektiv in der Partei besser zu stellen. Anhängerinnen forderten z. B. die Schaffung einer Frauenorganisation, um weibliche Interessen zu artikulieren und ihr Wirken sichtbar zu machen. Der Vorschlag wurde von Seiten der Parteileitung aber als abstrus, belanglos und unnütz abgelehnt. Auch die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß sprach sich dagegen aus:

„Die Teilnehmer am Frauen-Kongress in Marburg waren der gleichen Auffassung wie der Parteivorstand, daß eine eigene Frauenorganisation innerhalb der Partei nicht richtig sei. [...] Warum sollten Frauen, wenn es gewünscht wird, nicht ab und an unter sich zusammenkommen. Eine Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder der NPD in Formen, die wir von bestehenden Verbänden kennen, halte ich für ausgesprochen falsch. [...] Wir bejahren die Demokratie; es wäre falsch und dumm sich abzukapseln.“<sup>166</sup>

Aus ihrer Sicht sollten zur Gewährleistung einer „Geschlechterdemokratie“ Frauen und Männern die gleichen Teilhaberechte zugesprochen werden. Frauen sollten demnach gleichgestellt und wie die Männer in allen Parteigremien, -instanzen und -ebenen vertreten sein und nicht mit einer Frauenorganisation vertröstet werden, die den Separatismus nur befördert und ihren Einflussbereich beschränkt hätte. Vielleicht dachte sie dabei an die herbe Niederlage Hildegard von Rhedens, die in den 1950er-Jahren bei ihrem Mobilisierungsversuch der DRP-Frauen grandios gescheitert war.<sup>167</sup> Ihrem Beispiel wollte sie nicht folgen. In den NPD-Reihen gab es somit gewiss ein weibliches Bewusstsein, das sich gegen die männliche Hegemonie formierte, doch fehlte der weibliche Korpsgeist, der ihr etwas entgegensetzen, Machträume aushandeln und somit den NPD-Frauen zu einer kollektiven Ermächtigung hätte verhelfen können.

### 3. Resümee

Die neue Ära, die 1945 einsetzte und 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik auch staatsrechtlich untermauert wurde, stellte die Frauen bzw. die nationalsozialistischen Frauen vor die Wahl, sich entweder zurückzuziehen, mitzuwirken oder „Widerstand“ zu leisten. Die große Mehrheit der Deutschen fand in den etablierten Parteien und vornehmlich bei den Konservativen, die sich stark für die Wiedereingliederung der ehemaligen NationalsozialistInnen in Staat und Gesellschaft eingesetzt hatten, eine neue politische Wahlheimat. Eine kleine Minderheit jedoch weigerte sich, die Nachkriegsordnung anzuerkennen, und organisierte das nationalistische Lager neu: Sie gründete Parteien, die sich von vornherein am rechten Rand des politischen Systems einrichteten. Nach dem Verbot der SRP und dem Scheitern der DRP entwickelte sich nun die NPD in den 1960er-Jahren zum Gravi-

<sup>166</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an ein NPD-Mitglied, 12. 1. 1967 (Unterstreichungen im Original), Teil von: Reimer Winkelvoß, Nachruf für Gertraude Winkelvoß, S. 73, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 2.

<sup>167</sup> Zur DRP-Frauenorganisation vgl. S. 38.

tationszentrum des politischen Nationalismus. Die Aussicht auf einen politischen Erfolg elektrisierte die AnhängerInnen aus der Erlebnisgeneration geradezu, erhofften sie doch durch diese Partei, ihre Revanche für den Lauf der Geschichte nehmen zu können. Nach nur wenigen Monaten verfügte die NPD schon über einen stabilen und effizienten Parteiapparat, der unter anderem auch durch die Unterstützung von Frauen gefördert wurde. Zwar waren sie stark in der Unterzahl, doch leisteten einige wie Gertraude Winkelvoß für die Partei unverzichtbare Dienste, indem sie wie die Männer Kreisverbände gründeten und leiteten, politische Funktionen in den Partigremien und -vorständen übernahmen, die Ideologie und Propaganda der Partei verbreiteten und somit die Nationaldemokratie bundesweit nachhaltig verankerten. Auch wenn es einigen Nationaldemokratinnen gelang, sich durch ihren Aktivismus, ihr Temperament und ihren Ehrgeiz zu profilieren, schaffte es die Mehrheit der Parteifrauen nicht, sich im ihrem männlich-hegemonialen Umfeld zu behaupten und die frauenfeindlichen Vorurteile und Diskriminierungen zu überwinden. Als Frauen und Nationalistinnen wurden sie außerdem in der Öffentlichkeit verunglimpft und ausgesperrt: Diese doppelte Marginalisierung gehörte zur politischen Grunderfahrung der Nationaldemokratinnen, die ihre Fremdheit und darüber hinaus auch ihre prekäre Lage in der Partei und der Politik allgemein bedingte. 1969 schrieb Winkelvoß etwas trotzig:

„Es ist bei der NPD nicht schwerer, aber auch nicht leichter als überall. Mitschwimmen und sich treiben lassen, war schon immer leichter, als bewußt einen eigenen Weg zu gehen; darum wird die Arbeit in einer Oppositionspartei immer mehr Kräfte fordern.“<sup>168</sup>

Bewusst gegen den Strom schwimmend, schickten sich die NPD-Frauen an, die Parlamente der Bundesrepublik zu erobern.

<sup>168</sup> Brief von Gertraude Winkelvoß an ein Mitglied, März 1969, in: Nds. HStA/NLA, Kl. Erw. A6 Nr. 3.

